

# Mauerfall

## Gefangenen Rundbrief No. 26 – März/April 2010



### Hallo zusammen

Vorsicht! - Nicht erschrecken - denn nach der Schneckenpost der letzten und bisher ersten Nummer 2010 folgt die vor Euch liegende neue Ausgabe 26 des Mauerfalls ja geradezu wie der Blitz auf die letzte! Okay, gefährlich rekordverdächtig ist das sicher noch nicht, aber es kommt unserer Ankündigung wenigstens ET-WAS nahe, so schnell wie möglich mit der 26 raus zu kommen. Auch wenn, wie Ihr wohl direkt beim Wiegen des "Kampfgewichts", feststellen konntet, diese Nummer in einer anderen 'Klasse' boxt. Die Meinungen zu dem Erscheinungsrhythmus, die bisher eintrafen, waren sehr geteilt. Nach der Horrorverspätung war uns das Nachlegen mit der aktuellen Ausgabe aber eine wirkliche Herzensangelegenheit.

Vielen Dank für all Eure Zusendungen in der letzten Zeit. Manche blieb leider noch unbeantwortet. Das mag auch daran liegen, dass abseits vom Thema Knast und Strafvollzug viele „Szene-Kölner/innen“ momentan sehr aktiv sind. So findet sich in dieser Nummer auch mal eine Nachricht, die nicht zu den eigentlichen Themen des Gefangenen-Rundbriefs gehört: Seit Mitte April gibt es in Köln nun ein neues AZ-Projekt (AZ = *Autonomes Zentrum*). Seit nun 2 Wochen ist die alte Kantine der KHD-Werke (*Klöckner-Humboldt-Deutz*) im Stadtteil Kalk besetzt. Viele Menschen aus unterschiedlichen politischen und sozialen Zusammenhängen der Stadt versuchen dort ein vielseitiges Zentrum zu errichten und Platz für eine Stadtkultur abseits der Maßstäbe von Gentrifizierung zu schaffen. Da auch Menschen aus der (draußen) Mauerfall-Gruppe und dem Umfeld sich dort mit einbringen, war es Grund genug für uns, auch Euch drinnen dies vorzustellen und näher zu bringen.

Auf eine Zusendung will ich hier auch noch kurz eingehen. Denn wir haben uns entschlossen, diese nicht einfach so zu übernehmen und abzudrucken. Weniger weil sie uns inhaltlich komplett gegen den Strich ginge oder so, sondern weil wir generell keine parteipolitischen Stellungnahmen einfach so übernehmen. Gemeint ist ein durchaus mal lesenswertes Flugblatt von der Partei "Die Linke", welches wir zugeschickt bekamen. Auch wenn die dortigen Positionen an/in den wiederkehrenden Mustern vom "bes-

seren Strafvollzug" stecken bleiben und sich nicht mit der abolitionistischen Position der MauerfallInnen hier 'draußen' decken. Ich persönlich wäre ob der sich stetig verschlechternden und immer repressiver gebärdenden Situation schon froh um eine breitere gesellschaftliche Verankerung wenigstens der Ansätze, welche z.B. die "grüne Partei" vor 20 Jahren noch propagierte. Dazu gehörte unter anderem die Abschaffung der Sicherungsverwahrung und der lebenslangen Freiheitsstrafe. Der Mauerfall sollte aber unter keinen Umständen (*und auf gar keinen Fall unkommentiert!*) Parteiprogramme oder -positionen wieder geben, gleich welcher Partei! Dazu ist der Gefangenen-Rundbrief, finde ich, wirklich nicht gedacht.

Wir können und sollten aber jederzeit darüber diskutieren, ob und wo wir BündnispartnerInnen für unsere Anliegen finden, wenn auch nur zeitlich begrenzt oder nur in Ansätzen. Und natürlich wie wir dazu stehen! Ebenso wie und welche Formen der Organisation wir uns für drinnen wie draußen vorstellen können. Zu diesen Vorstellungen gehört die im letzten Mauerfall beschriebene Gründung der "Freizeitgruppe Linkspartei" auch. Ähnliches gab es ja auch schon in den 80er Jahren in bayrischen Knästen, damals mit 'Ortsverbänden' der Grünen, besonders „im schönen Bayern“. Es kann so was für die Gefangenen durchaus eine Möglichkeit sein, sich zu treffen, sich auszutauschen. Und das bedeutet erst mal eine Menge. Es geht uns daher klar NICHT um die Zensur des Inhalts und schon gar nicht um das Abwerten der Gefangenen, die daran beteiligt waren! Aber wir ticken halt anders und haben als Libertäre keinen 'Vertrag' mit Parteien oder Organisationen der herrschenden Klasse. Daher hier die Anschrift, unter der das Flugblatt der Partei 'Die Linke' bezogen werden kann. Wer Interesse hat schreibe an:

*Die Linke im Hessischen Landtag  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden*

*(Druckschrift: Wenn schon Strafvollzug, dann sozial gerecht)*

Noch kurz ein paar Sätze zu der Entwicklung der Mauerfallgruppe draußen und unseren Aktivitäten. Es freut mich sehr, dass es wenigstens zu ein paar Entlassenen weiterhin Kontakt gibt und diese sich auch aktiv am Mauerfall beteiligen.

Im Rahmen des bundesweiten Zusammenhangs der Antiknastgruppen gab es Anfang März ein weiteres (*internes*) Treffen. Dazu findet Ihr mehr Infos in dieser Nummer.

**Der Gefangenen Rundbrief 'MAUERFALL' ist kein Erzeugnis im Sinne des Pressegesetzes, sondern lediglich ein Rundbrief an Freunde, Bekannte und Gleichgesinnte. Mit der Herausgabe des 'MAUERFALL' werden keine erwerbswirtschaftlichen Ziele verfolgt. Bei dem Bezug in Haftanstalten (gerade Bayern aber auch sonstwo!) sehe ich daher keinen Grund diesen Gefangenen Rundbrief wie ein 'offizielles' Presseerzeugnis bei dem stark limitierten Zeitschriftenbezug der Gefangenen anzurechnen!**

#### **Eigentumsvorbehalt**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist dieser Rundbrief solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur- Habe-Name“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird der Rundbrief der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist er dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird der Rundbrief der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Unser Solikonzert Ende Januar war ein wirklich wunderbarer Abend - leider aus finanzieller Hinsicht nicht sonderlich erfolgreich. Es war der Tag des großen Schneetreibens in Köln. Und das zu einem Zeitpunkt, da die Vorräte an Streugut der Stadt sich bereits dem Ende neigten. Die äußeren Umstände waren somit nicht dazu angetan, viele Menschen sprichwörtlich "hinter dem Ofen vor zu holen". Das Programm war klasse und die Atmosphäre auf dem Bauwagenplatz toll. So wurde es ein prima Abend für die FreundInnen vom Mauerfall und ein paar erlesene Gäste, was auch seinen Reiz hatte. Danke nochmals an alle Beteiligten, HelferInnen und UnterstützerInnen!!!

#### **Kontakt:**

**Michel Deutschewitz**

**c/o SSK e.V**

**Salierring 37, 50677 Köln**

[mauerfall.k@googlemail.com](mailto:mauerfall.k@googlemail.com)

<http://groups.google.de/group/antiknast>

<http://www.abc-berlin.net/download>

<http://www.ivi-info.de>

Einer unserer derzeitigen Schwerpunkte ist das Thema um die Privatknäste. Da quasi direkt vor unserer 'Haustüre' ein neuer Pissbunker von der Firma 'Bilfinger&Berger' hochgezogen wird, in dem die in der Nazizeit gegründete Sicherheitsfirma 'Kötter', welche heute ein Allrounddienstleister ist, das Personal stellt, haben wir allen Grund dazu, uns intensiver damit zu befassen. Über diese "schönen neuen Knastwelten" erfahren wir auch immer neue Ekeligkeiten aus der JVA Burg. „Aus zweiter Hand“ schrieb jetzt auch jemand etwas zur JVA Offenburg (*ebenfalls Kötter-verwaltet*). Ein besonders großes FUCK YOU!!! daher an alle verantwortlichen und beteiligten Menschenschinder in den Privatknästen! Burg ist auch die Anstalt, wo es keine der letzten Mauerfallausgaben bis zu ihren Empfängern geschafft hat. Die Zensur dort ist rigoros.

Undurchsichtig bleibt die Situation in Santa-Fu in Hamburg. Alle dorthin gesandten Mauerfälle kamen retour mit dem Vermerk "vom Postempfangsbeauftragten zurück geschickt". Ebenso wie alle private Post, in der nachgefragt werden sollte, was denn los sei - mit demselben Stempel! Mag sein, dass tatsächlich der ein oder andere nicht mehr (dort) inhaftiert ist, mag sein ... Wir kennen aber leider genügend Fälle, wo es nicht daran liegt, dass der Gefangene nicht mehr in der betreffenden Anstalt inhaftiert ist. In letzterem Fall müsste – da für Abwesende nicht mehr postempfangsbeauftragt - die Zurückweisung auch die Information „*unbekannt verzogen*“ beinhalten. Wobei das „*unbekannt*“ dieses Standard-Stempels meist ebenfalls „so eine Sache“ ist. Es ist uns ein unbedingtes Anliegen, einmal Licht ins Dunkel der Hamburger Praxis zu bringen, uns endlich mal Klarheit zu verschaffen.

Soviel von mir. Lasst von Euch hören, berichtet uns weiter aus dem 'inneren Kreis der Hölle' und passt auf Euch auf!  
Solidarische Grüße sendet Euch

*der Michel*

## **KNASTALLTAG & BESONDERE VORKOMMISSE**

Die meisten Leser/innen des Mauerfall bedürfen der Einleitung des folgenden Textes sicher nicht. Der Rundbrief wird überwiegend von Gefangenen gelesen, dient deren Austausch. Und die wissen nur allzu gut, wie „paradiesisch“ Gefängnisse sind. Aber Thomas veröffentlicht viel, das sich an Leute draußen richtet. Den Unerfahrenen muss mehr erklärt werden. So auch hier. Trotzdem halten wir es für sinnvoll, Euch den Text unverändert vorzustellen. .

## **Knast und Renitenz – drei Beispiele**

**Wer in einem Gefängnis sitzt, hat mitnichten ein solch süßes Leben, wie es beispielsweise BILD immer wieder gerne zeichnet. Vielmehr sind Gefangene zahlreichen Pressionen ausgesetzt; heutzutage eher psychischer, denn physischer Natur. Das heißt, die körperliche Misshandlung ist die Ausnahme, dafür empfinden Gefangene vielfach**

## **Handlungen der Anstaltsmitarbeiter/innen als psychische Gewalt.**

Wohlgermerkt, hier geht es um die Wahrnehmung auf Seiten der Insassen/innen, ob eine solche Misshandlung von den auf Seiten der Anstalten handelnden Personen beabsichtigt ist, vermag ich nicht zu beurteilen.

Inhaftierte nehmen es schon als alltäglich hin, dass die Anstalten in Schriftsätzen (*sei es im Rahmen von gerichtlichen Klagen oder die Entlassung auf Bewährung betreffend*) einem advocatus diaboli (= *Anwalt des Teufels*) gleich, die tatsächlichen oder vermeintlichen negativen Seiten des Betreffenden hervorheben. Pro soziales Engagement wird wahlweise gar nicht erwähnt, oder aber negativ konnotiert: Engagiert sich ein Gefangener ehrenamtlich (*z.B. im Sportbereich der Anstalt*), fällt dies gerne mal unter den Tisch. Oder wenn es denn erwähnt wird, dann mit der Wertung, der Betreffende wolle wohl durch solchen Einsatz eine subkulturelle Machtposition erringen, oder sich selbst darstellen.

### **Alles Gauner – oder was?**

Ein Gefangener, der auf Mitgefängene, die über keine Angehörigen verfügen, die ihnen Geld zuwenden, hat Gelder einzahlen lassen, um dann den hierdurch ermöglichten Einkauf von Lebensmitteln zu teilen, liest in einer Stellungnahme der JVA Bruchsal an das Landgericht Karlsruhe – im Rahmen eines Verfahrens über seine vorzeitige Entlassung - :

„*Kleine Gaunereien werden gelegentlich sichtbar, z.B. hat er Kontakt mit Gefangenen, die keine Angehörigen haben und mit denen er – brüderlich teilend – versucht, zusätzliche Einzahlungen für Weihnachtspakete zu organisieren*“.

Immerhin, das „brüderlich teilend“ wird noch erwähnt, aber durch die vorangegangene Wendung der „kleinen Gaunerei“, in die Nähe kriminellen Tuns gerückt. In was für einer Absicht wohl?

### **Veränderter Blickwinkel**

Oder Uwe K., lange Jahre in Haft, vermochten ihn, einen wahren Künstler, auch noch so massive Disziplinarversuche der JVA nicht dazu zu bewegen, von seinem Lebensinhalt, dem Tätowieren, zu lassen. Für die JVA Bruchsal stellte dieses beharrliche Vorgehen ein schwerwiegendes Indiz für künftiges kriminelles Verhalten dar (*nach der simplifizierenden Logik: Wer sich nicht an die Knasthausordnung hält, wird auch Gesetze nicht achten und deshalb Verbrechen begehen*).



Dem Landgericht Karlsruhe war diese Anstaltslogik allzu simpel und sie entließ den Gefangenen in Freiheit. Sie tat das, was auch das JVA-Personal hätte tun können, sie veränderte den Blickwinkel: „*Dass der Verurteilte ein hohes Verantwortungsbewusstsein gegenüber der körperlichen Unversehrtheit seiner Mitmenschen hat, hat sich (paradoxiertweise) gerade auch in seinen zahlreichen verbotenen Tätowierungen (...) gezeigt. (Der Verurteilte) verstand es, sich eine Ausrüstung zu konstruieren, die beim Tätowieren das Verletzungsrisiko gering hält (und er habe) stets auf Hygiene und die Desinfektion von Geräten und Kunden*“ geachtet.

### **Darfs noch ein Kübel Müll sein?!**

Über Gerd T. berichtete ich schon an anderer Stelle (*z.B. Tortenringaffäre, [indymedia.org/2009/08/25](http://indymedia.org/2009/08/25)*) und es gibt nichts Gutes über den Fortgang der Auseinandersetzung zu berichten. Der für ihn zuständige JVA-Jurist Paukner, seines Zeichens Oberregierungsrat, fühlte sich nun bemüßigt, in einem Schriftsatz an das Landgericht, - dort hat T. Klage erhoben, da man ihm aus seiner Sicht ungerechtfertigter Weise einige Frischhaltedosen aus seinem Haftraum entfernt hatte -, auf immerhin sechs Seiten ein möglichst schlechtes Bild von Gerd T. zu zeichnen. Nun zählt T. zu jenem Typus Gefangener, der – nach vielen Jahren der Haft – einen merkbaren Drang zu Sauberkeit auslebt, d.h. die Zelle wird penibel sauber gehalten, alles hat seinen sorgfältig bestimmten Platz.

Alles in allem ist die Zelle, auch angesichts der vielen Haftjahre, eher karg ausgestattet.

Dies muss man vorausschicken, um zu verstehen, wie perfide (=gemein) es ist, wenn besagter Paukner dem Gericht mitteilt, man habe die 5 (!) kleinen Frischhaltedosen und eine (!) leere Tabakdose sofort aus der Zelle des T. entfernen müssen, bevor dieser „*aufgrund seiner dissozialen Persönlichkeitsstruktur seinen Haftraum gänzlich zugemüllt*“ habe.

In vergleichbarem Stil und Wortwahl ging es über sechs Seiten.

Was solls?! So wird mancher vielleicht sagen. Papier ist geduldig. Aber wer als Gefangener solche Schriftsätze dann regelmäßig liest und immer und immer wieder richtig stellen, erklären, erläutern muss, dessen Nerven leiden.

Er hätte die Wahl, was ihm, so berichtete er zumindest, durch die Blume bedeutet worden sei, seine juristische Wehrhaftigkeit einzustellen, was dann dazu führen könne, dass man nicht mehr so rigoros ihm gegenüber sei.

So etwas läuft in einer totalen Institution wie dem Strafvollzug alles recht subtil. Der Beamte, der diese Andeutungen machte, würde, als Zeuge benannt, eine solche Aussage in Abrede stellen – und ein Insasse ist nun mal per se in Augen Dritter kein „guter Zeuge“.

### **Schlusswort**

Wer heute darauf wartet, dass Gefangene blutende Platzwunden vorweisen können, um zu dokumentieren, wie es ihnen hinter den Mauern ergeht, wird meist vergeblich warten. Die Methoden heute sind klinisch, sauber, hinterlassen keine sichtbaren Spuren, alles „rechtsstaatlich“ korrekt, ordentlich!

Thomas Meyer-Falk,  
z. Zt. JVA – Z. 3113, Schönbornstr. 32,  
D-76646 Bruchsal

## Wofür gibt es ein Justizkrankenhaus?

Am besten wäre es, kranke Gefangene würden als Menschen behandelt, hätten **freie Arztwahl** und kämen bei Bedarf in ein **nahe gelegenes kompetentes Krankenhaus**. Angesichts der "Sicherheits"- Justiz-Logik gibt es aber nur Anstaltsärzte und Justizkrankenhäuser.

Als das NRW-Justizkrankenhaus noch in Bochum war, haben wir draußen viele schlimme Berichte gelesen über die Behandlung dort. Seit es das Krankenhaus (JVK) in Fröndenberg gibt, scheint manches besser geworden zu sein für schwer erkrankte Gefangene, ...sofern man sie denn nach Fröndenberg lässt.

In Bochum scheint die Tradition der alten "Schlächtere!" weiter zu bestehen. Man beachte den nachfolgenden Bericht von Achim! Für einen weiteren skandalösen Fall dort haben wir mehrere Quellen. Es geht um Hans-Joachim Jürgens. Sein persönliches Umfeld befürchtet, dass er die Haft nicht überleben werde.

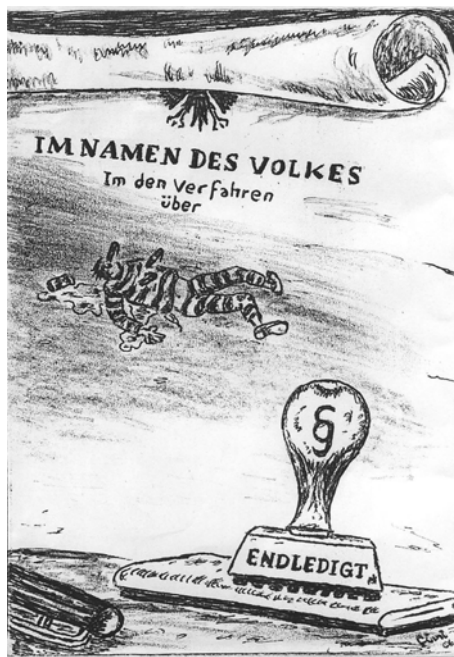
Sein Anwalt schrieb kürzlich als letzten Ausweg einen Brief an die NRW-Justizministerin bezüglich unzureichender Behandlung durch den Anstaltsarzt, nachdem die Strafvollstreckungskammer nicht nachvollziehbare Entscheidungen seitens der Vollzugsbehörde abgesegnet hatte. Er beruft sich darauf, dass er von zahlreichen Gefangenen wisse, "dass das persönliche Umgehen des Herrn Dr. Hoffmeister mit den Gefangenen und seine Art, sie medizinisch zu versorgen, bei den Patienten auf äußerst geringe Begeisterung stößt." Im besonderen Fall sei der Gefangene aber in großer Gefahr, eine Intervention dringend erforderlich.

Sein Mandant leide "unter anderem unter einer Krebserkrankung, äußerst schmerzhaften und gesundheitsgefährdenden Krampfadern im unteren Beinbereich, einer derzeit noch nicht diagnostizierten Geschwulst im Bauchbereich, die mit Flüssigkeit gefüllt ist und unter extremen Schmerzen seines gesamten Bewegungsapparates." Der Anstaltsarzt habe sich nicht "bemüht" gesehen helfend einzugreifen. Deshalb habe er den Anstaltsleiter gebeten, seinen Mandanten in das JVK Fröndenberg zu verlegen. Ohne Erfolg! "Stattdessen wurde der Mandant von der Pflegeabteilung in eine normale Vollzugsabteilung verlegt."

Es ist zu befürchten, dass Ministerin Müller-Pienkötter von dem Schreiben des besorgten und engagierten Rechtsanwalts ebenso wenig Notiz nehmen wird, wie auf frühere Hinweise von anderer Seite hinsichtlich menschenwürdigen Umgangs mit schwangeren und gebärenden Frauen in NRW. Und der Mauerfall erreicht leider nicht so eine Öffentlichkeit wie die Frankfurter Rundschau und andere bürgerliche Zeitungen, die letzteren Skandal aufgegriffen haben. Wir werden es auch nicht schaffen, Hans-Joachim mit einem Hubschrauber aus dem Bochumer Knast zu holen.

Ob viele Briefe an die Ministerin helfen können, weil sichtbar würde, dass der "Fall" nicht ganz unsichtbar ist? Wir (Ihr Lesende "eingeschlossen") könnten es versuchen.

Mauerfall-Engagierte



## Eine unschöne Nachricht

**Ab sofort bitte den Namen Karl Mähl aus dem Verteiler streichen. Warum? Er ist in seiner Zelle, seinem Zimmer auf der Pflegestation verstorben!**

Hat mich ungemein umgehauen, denn mit Karl verband mich viel, nicht nur der Knast, nicht nur das übliche "dumme Geschwätz" was es reichlich hinter Gittern zu hören gibt. Und seit ein paar Monaten wurde mir der Karl richtig wertvoll! Ist so!

Drei Wochen vor Karl, auf der gleichen Abteilung - auch auf einen Samstag-Morgen - wurde Joachim Hähnel, 78 Jahre alt, bewusstlos und in seinem Blut-Erbrochenen gefunden. Er kam darauf sofort in eine Bochumer Klinik, wo er leider einen Tag später auch starb! Auch zu Joachim hatte ich seit seiner Ankunft im November sofort ein gutes Gefühl, ein gutes "Verhältnis". Ich habe ihm auch, so gut es geht, geholfen, gerade weil er erstmalig in Haft war, mit 78 Jahren! Er hatte vorher noch nie in seinem Leben mit Justiz, mit Kripo zu tun und befand sich in U-Haft. Ihm wurde lediglich Brandstiftung (seine eigene Wohnung), und der Besitz von Waffen nebst Munition zur Last gelegt. Nur dieses reichte aus, um das rote Papier zu schreiben, den Haftbefehl!.

Joachim hatte zuletzt mehrere Briefe, sprich Hilferufe losgelassen; er wollte einfach seine dringend benötigte Medikation. Pillen und Tropfen wegen seiner Kreislauf- und Herzerkrankungen und diverser anderer Wehwechen. Aber Doc Hoffmeister hat ihm eben diese nicht weiter verordnet und dem zufolge wohl sein Schicksal besiegelt! Außer seiner in Scheidung lebenden Ehefrau hatte er KEIN Umfeld, war quasi Einzelgänger, Einzelkämpfer. Und daher bin ich mir auch sehr sicher, dass es keine Nachforschungen von DRAUSSEN, Ursachenprüfung und Feststellung der Ursache seines Todes geben wird! Ich mache mir natürlich erhebliche Gedanken und habe auch eine feste Vermutung. Aber keine Ahnung, was ich von hier in beiden Fällen tun könnte! Meine Anwälte habe ich in Kenntnis gesetzt, mal abwarten ...

## Apropos Bochum:

Ab sofort wurden die vier Besuche monatlich auf zunächst DREI Besuche gekürzt; laut dem Leiter der Besucherabteilung lediglich deshalb, weil Recklinghausen hinzugekommen ist, demzufolge also reine PLATZ-Probleme! Und nur deswegen nur noch 3 Besuche a etwa 60-80 Minuten?!? Ich wollte dies offiziell mitteilen, vielleicht kann es im nächsten Rundbrief veröffentlicht werden.

Ansonsten bleibt gesund, weiterhin viel Kraft, Mut, Geduld für den Mauerfall und damit für uns hinter Gittern sitzenden MENSCHEN! Alles wird gut ...

Achim, JVA Bochum

## Anhaltungen & Zensur

### Offener Brief

Justizsenator Dr. Till Steffen  
Drehbahn 36  
20354 Hamburg

### Zensur in Hamburger Gefängnis schlimmer als in Bayern

Gefangene haben wenig Möglichkeiten mit ihren Problem, Anliegen und ihrer Kritik in der Öffentlichkeit wahrzunehmen zu werden. Aus diesem Grund wurde vor einigen Jahren der Gefangenenrundbrief MAUERFALL gegründet. Hier haben die Gefangenen die Möglichkeit, ihre eigene kleine Öffentlichkeit zu schaffen und miteinander auch politisch zu diskutieren. Immer wieder gab es Schwierigkeiten mit der Zensur durch die Anstaltsleitungen. Wie alle totalitären Einrichtungen tun sich Knastleitungen schwer damit, Kritik zuzulassen. Erwartungsgemäß offenbarten die Justizvollzugsanstalten in Bayern sowie die Privatknäste, (z.B. die JVA-Burg in Sachsen-Anhalt) die größten Demokratiedefizite. Was sich allerdings unter Ihrer Herrschaft in der JVA-Fuhlsbüttel abspielt, spottet jeder Beschreibung.

Drei Gefangene in besagter JVA gehören zu den Abonnenten des Gefangenenrundbriefs MAUERFALL. Tatsächlich erhalten sie diesen aber nie, da die Anstaltsleitung regelmäßig die Annahme verweigert. Kürzlich verschickten Nachfragebriefen an die drei Gefangenen widerfuhr dasselbe Schicksal.

Wir gehören nicht zu denjenigen, die sich von einem schwarz-grünen Justizminister nun große Verbesserungen erwartet haben. Es überrascht uns aber doch etwas, dass nun der ehemals "liberale" Strafvollzug in Hamburg unter Ihrer Verantwortung die Bayern rechts überholt.

Vielleicht tun wir Ihnen aber auch Unrecht und Sie sind mit den "Feinheiten" des Strafvollzugs in Ihrem Herrschaftsbereich einfach nicht vertraut. Nun denn, wenn Sie wollten, könnten Sie es ja ändern. Ob Sie es tun, wird sich zeigen.

26.04.2010

Gefangenenrundbrief MAUERFALL

Anlage zur Weiterbildung:  
ein Belegexemplar  
des Gefangenenrundbriefs MAUERFALL



## Lokales Aktiönchen

Für den 27.04. hatten die GRÜNEN in Köln für eine Veranstaltung plakatiert, die mit Aufführung ihrer Spitzen-Landtags-Kandidatin sich wie eine Wahlkampfveranstaltung für uns ankündigte. Da wir gerade den Offenen Brief an den Hamburger Justizsenator fertig hatten, sind wir zu zweit mit Kopien davon und zwei kleinen Schildern zum Veranstaltungsort gegangen. Dort war dann aber ziemlich gähnende Leere. Wenige Protagonist/inn/en aus GRÜNEN-Kreisen tauchten auf zu einem Gesprächsreis über Bildungsprobleme. Denen haben wir dann halt unsere Zettel verteilt. Und es gab noch einen kleinen "Stellungskrieg", als wir unsere Schilder direkt an das Plakat der Spitzenkandidatin angelehnt hatten. Wobei das angesichts der nicht vorhandenen Wähler/innen-Massen dieser ja gar nicht geschadet hätte.

Nun ja, jetzt wissen einige GRÜNE in Köln, dass wir an der Zensurpraxis im schwarz-grünen Hamburg kritisieren, noch bevor unser Brief in Hamburg angekommen ist. Vielleicht kommt dort ja als erstes ein Fax der nachfragenden Kölner Parteiaktiven an? Möglicherweise sogar mit einer kritischen Nachfrage?

Bei der Vielzahl anstehender Aktionen wissen wir nicht, ob wir es schaffen uns noch einmal in einem etwas öffentlicheren Augenblick des GRÜNEN-Wahlkampfes einzuschalten. Doch wir wollen den Offenen Brief zum 1. Mai mitnehmen. Bei Zensurfällen im von "Die Linke" mitregierten Berlin hatten wir vom AKP im Zusammenhang mit "kumm erus/Unbequeme Nachrichten" den Eindruck, dass kleine Wirbel dieser



Art durchaus etwas bewirken können. Jedenfalls ist es uns lieber, solchermaßen öffentlich-politisch auf Zensur zu reagieren, als vorgegebene "juristische Schritte" zu beschreiten, mit denen sich unserer (AKP-)Meinung nach die Adressaten den Hintern abwischen. Tun sie vielleicht auch bei Offenen Briefen. Aber es gibt dann halt wenigstens (wenn auch eine begrenzte) Öffentlichkeit potentieller (Nicht-)Wähler/innen, die wir erreichen können. *I.H.Bix*

## JUSTIZ UND KNAST

### Der Weg zur Zivilklage

#### Tipps an Markus Dickhoff, aber auch an alle anderen Rechts-Unkundigen!

Im Mauerfall No.22 hat Markus D. aus der JVA Werl um Rat gebeten. Ich weiß nicht, Markus, ob du meinen sehr umfangreichen Brief erhalten hast. Ich hoffe schon, denn darin habe ich dir ja bereits Tipps gegeben. Ich finde es aber gut, dass du im Mauerfall versuchst weitere Infos einzuholen. Das kann nie schaden! Ich gebe nun hier mal meine Ansichten und Erfahrungen zum besten.

Der Weg über die Zivilgerichtsbarkeiten und Zivilklagen ist sicherlich für unsereins einer der besseren Möglichkeiten und kann viel bewirken. Doch auch hier gilt wie so oft: Vorurteile vereiteln unsere Rechte.

Der Vorteil des Zivilwegs liegt aber auf der Hand! An alle, die es nicht wissen: **Bevor** der Zivilweg beschritten werden kann, muss man in jedem Fall die zuständige **Strafvollstreckungskammer (StVK)** in dieser Sache angerufen haben, mit z.B. **Klageanträgen** nach §§109ff. Strafvollzugsgesetz (StVollzG). Nur wenn man das vorher gemacht hat, ist überhaupt erst der Weg zum Zivilgericht eröffnet bzw. möglich. Das gilt, wenn man gegen Maßnahmen der JVA vorgehen will, die man für ungerecht hält.

Hat man aber bei der StVK einen solchen Antrag erst anhängig gemacht, kann man durchaus sofort den Zivilrechtsweg gehen mit dem Hinweis darauf, dass die StVK (bisher!) noch nicht darüber entschieden hat. Man kann ja seine Rechtsansprüche ab dem ersten Tag der vermeintlichen Rechtswidrigkeit der JVA geltend machen! Es wäre klug, wenn sich jeder und jede, der/die diesen Zivilweg geht, möglichst umfassend schlau macht. Dazu gehört auch, dass man mal ins Gesetzbuch des BGB und der ZPO rein schaut (mit Kommentierung). Die Anstaltsbüchereien MÜSSEN die haben, ggf. kann man sie sich dort ausleihen. Es gibt aber auch andere Wege an die nötigen Infos zu gelangen.

Es kann aber jetzt hier unmöglich alles mitgeteilt werden, was man beachten muss.

#### Meine Erfahrung sagt:

- Erst nur beim Zivilgericht beantragen
- **Prozesskostenhilfe** und **Beordnung eines Rechtsanwaltes** und dies damit begründen,
  - rechtsunkundig zu sein,
  - wegen der schwierigen Sach- & Rechtslage
  - der persönlichen Situation und
  - fehlender materieller, finanzieller und sonstiger Möglichkeiten (z.B. Erstellung von Kopien zur Glaubhaftmachung usw.)
- mit dem Hinweis, dass der RA dann die Klage entsprechend sofort erheben wird,
- man die Möglichkeit zur sofortigen Beschwerde hat
- und später immer noch jederzeit die Klage anbringen kann, die ja noch gar nicht erhoben wurde.

Einen solchen PKH-Antrag muss man aber auch **begründen!** Der Vorteil dabei ist: Man kann alles, was man meint, vortragen und benennen, was man an Beweisen hat. Sollte man dann auch tunlichst machen. Alle Zeugen und alle Akten (*erst beantragen!*) als Beweis der **Glaubhaftmachung** anführen.

Es nutzt nichts zu sagen: „Ich war beim Anstaltsarzt, der hat das und das getan und gesagt“. Wann war ich da? Wie heißt er? Und wer kann das bestätigen?

Es ist ohnehin immer ratsam, sich alle Daten genau zu notieren und **wer was, wann, wo, wie** gesagt hat. Das gehört alles mit zur sogenannten Glaubhaftmachung (*Antragsbegründung*).

Ein sehr wichtiges Mittel zur Glaubhaftmachung ist die **eidesstattliche Versicherung**. D.h. Man muss gleich am Anfang oder aber am Ende des Antragschriftsatzes eidesstattlich versichern, dass die Angaben der Wahrheit entsprechen. Das dürfte für niemanden ein Problem sein, so lange man bei der Wahrheit bleibt und auch noch Beweise hat, die man benennen kann. (*auch immer Kopien beifügen, wenn sie der Beweisführung dienen.*)

Klingt alles kompliziert, ist es aber gar nicht, wenn man alles weiß und beachtet.

An die Glaubhaftmachung ist laut Gesetz ohnehin nur geringe Anforderung zu stellen und die eidesstattliche Versicherung kann schon ausreichen. Aber noch mehr ist immer besser.

Den **Antragschriftsatz** kann man selber ähnlich wie „Anklageschrift“ formulieren, auch das reicht für die PKH aus, wenn man es richtig macht.

Eine **Erklärung über die wirtschaftlichen Verhältnisse** muss man abgeben. Die bekommt man notfalls von jedem Amtsgericht zugesendet, hat auch der Urkundenbeamte, der in die Anstalt kommt, bei oder kann sie mitbringen. Das Ausfüllen ist relativ einfach. Ist für den PKH-Antrag aber sehr wichtig!

Dann den **Sachverhalt** kurz und bündig mit allen wichtigen Daten **schildern** und dann **bei Gericht einreichen**.

Zu empfehlen ist, dass man schon eine Schadensersatz- und/oder Schmerzensgeldsumme benennt, denn danach entscheidet sich zum

einen die Zuständigkeit vom Gericht, (*über 5000 wäre das LG, darunter das AG verantwortlich*) und die Streitwert-Kostenfestsetzung. Ich mache es so, dass ich eine bestimmte Summe pro Tag, ab Rechtswidrigkeit, angebe und den Hinweis, „im übrigen wird die Festsetzung des Anspruchs ins Ermessen des Gerichts gelegt“ hinzufüge (*also wenn man über einen Mindestanspruch gehen will*). Man sollte auch unbedingt „die Verweisung an das sachlich zuständige und örtliche Gericht“ beantragen. So ist das Gericht, das den Antrag vorliegen hat, gezwungen, von Amtswegen dies zu bearbeiten. Ggf. hat man bei nicht erfolgter Verweisung einen Beschwerdegund!

Man sollte auch erwähnen, dass man nur vorläufig begründet (*begründen kann*) für die beabsichtigte Klageerhebung, die ja dann der zuordnende RA verfassen und sofort erheben wird. Durch den PKH-Antrag hat man dann aber bereits die Fristen und Geltungsansprüche gewahrt.

Dass man das Zivilgericht nicht nur wegen Schadensersatz und Schmerzensgeld anrufen kann, daran sollte man auch mal denken. Auch für Unterlassungs- und Widerspruchsansprüche ist das Zivilgericht zuständig. D.h. wenn die JVA z.B. Lügen über dich erzählt hat, kann man auf Unterlassung klagen. Auch hierbei kann man PKH und RA beantragen, muss aber ebenfalls alles darlegen, was der Klärung dienlich ist. Viele wissen das gar nicht!

Meine Berichte kann ich mit selbst gemachten Erfahrungen belegen und werde auch versuchen, in den nächsten Mauerfällen einige Beispiele als Tipps für diese Rechtsprechungen zu nennen.

Ich lege auch Wert darauf mitzuteilen, dass ich hier keine Rechtsberatung zum besten gebe, sondern nur das weiter gebe, was mir in den letzten Jahren unter anderem von den Gerichten mitgeteilt wurde. Es muss klar sein, dass jeder Rechtsweg, den ein Gefangener beschreitet, ein sehr mühsamer Weg ist und sein wird. Jeder und jede Gefangene/r der/die sich für diesen Weg entscheidet, wird mit starken Vorbehalten konfrontiert sein. Den Weg über das Zivilgericht zu gehen ist aber deswegen ein Vorteil, weil das Zivilgericht an die Anträge der „Parteien“ gebunden ist. Wenn man einen Beweisantrag gestellt hat, schenkt es entweder dem Sachverhalt Glauben, oder aber es ist gezwungen, dazu eine Beweisaufnahme durchzuführen. Wenn die Gegenpartei (*in NRW ist das die Zentralstelle für Rechts- und Schadensangelegenheiten beim Leiter der JVA Köln Ossen-dorf, Rochusstr. 352*) als Antragsgegner den Sachverhalt nicht bestreitet und nicht widerlegen kann, muss er als wahr vor dem Gericht gewertet werden. Das ist der gewaltige Unterschied zur StVK, die eh meistens willkürlich mit den Angaben der JVA abstreitet.

Wird dennoch alles abgelehnt, kann man später wenigstens aus der Begründung des Gerichts eventuelle Fehler erkennen und hat die Möglichkeit dazu zu lernen. Außerdem gibt es immer die Möglichkeit zu verbessern und mit dem „Spaß“ von vorne zu beginnen.

Noch ein kleiner Tipp: Lasst euch von Angehörigen die Musterklagebögen von der I.v.I-Homepage ausdrucken! Da habt ihr gute Beispiele, um eventuelle Fehler auszuschließen.

Wir müssen zusammen halten und genau das tun, was der Obrigkeit viel Arbeit macht und übel aufstößt! Man muss es TUN und nicht nur quatschen! Bei Markus weiß ich nur zu gut, wie er sich da rein haut. Und solchen Menschen gebe ich sehr gerne Tipps. Das ist ja auch im Interesse der I.v.I., deren Vertreter ich ja bin. Weitere Tipps, hoffe ich, werden bestimmt auch noch andere Leidensgenossen dazu abgeben (!?), denn ich berufe mich nicht auf Vollständigkeit.

Demnächst dann mehr in Form von kurzen Tipps zur Rechtsprechung.

Mit solidarischen Grüßen an alle Inhaftierten!!

Erwin Adamczyk,  
JVA Bochum,  
I.v.I. Repräsentant

**Anmerkung:** Ich, Till von den Freundinnen des Mauerfalls, habe mir vorbehalten, an wenigen Stellen den Text aus Platzgründen zu kürzen, ohne (*aus Zeitgründen*) Absprache mit dem Verfasser zu halten. Ich habe mir größte Mühe gegeben, den Sinn des Textes und seine Aussagen nicht zu verändern und vollständig wiederzugeben. Ich hoffe das ist mir zu deiner Zufriedenstellung gelungen, Erwin.

## Unterstützt das Gefangenen Info



## Mal wieder gegen Gefangenen Info

**Berlin, 21.04.2010, vorläufiges Ergebnis juristischer Auseinandersetzungen: Verurteilung zu einer Geldstrafe von 80 Tagessätzen à zehn Euro. Berufung ist eingelegt.**

## Prozesserklärung zum Verfahren gegen das "Gefangenen Info" vor dem Amtsgericht Tiergarten

Als Presserechtlich Verantwortlicher für das "Gefangenen Info" bin ich hier wegen "Verleumdung" vor dem Gericht angeklagt. Da wir als Redaktion Widerspruch gegen einen Strafbefehl von 2800 Euro eingelegt haben, kommt es heute zu Verhandlung.

### Um was geht es?

Die Gründe für die Anklageerhebung sind, wie bei dem Verfahren gegen das Internetportal "Scharf-Links", die Verbreitung des Prozessbereichs "Blind in Beugehaft" in unserer Ausgabe Nr.348 vom Juli letzten Jahres. In dem inkriminierten Text wurde ein Verhandlungstag im §129b-Prozess gegen dem Gefangenen Faruk Ereren, dem inzwischen die Auslieferung in die Türkei droht, beschrieben. Nuri Eryüksel hatte es abgelehnt, über die Strukturen der türkischen Exilorganisation Aussagen zu machen,

weil er sich dabei selber belasten könnte. Das Gericht bestand aber auf seiner Zeugenaussage und erließ dann die Beugehaft, die noch im Gerichtssaal vollstreckt wurde. Dieses Vorgehen sorgte unter den ProzessbeobachterInnen für besondere Empörung, weil Nuri mehrere Jahre in türkischen Gefängnissen inhaftiert war und dort auch gefoltert wurde. Er hat mittlerweile auch als Spätfolge der Folter sein Augenlicht verloren. Die Verhängung der Beugehaft wurde dann 4 Wochen später aufgehoben und vom BGH als rechtswidrig kassiert! Die ProzessbeobachterInnen der Roten Hilfe Düsseldorf-Mönchengladbach schreiben in ihrem Bericht dem zuständigen Richter nach der Verkündung der Beugehaft eine Bemerkung zu, die von vielen Ohrenzeugen als zynisch empfunden wurde. Dort soll der Richter mit Verweis auf Nuri Erblindung erklärt haben, dass er leicht in der Beugehaft zur Besinnung komme. Der Richter bestreitet diese Äußerung. Mehrere ProzessbeobachterInnen, darunter ein Anwalt und ein Vertreter des Komitees für Grundrechte und Demokratie können sich an eine von ihnen als zynisch empfundene Äußerung des Richters erinnern.

### Zur Kriminalisierung des Infos

Der Staat versuchte seit 1989, also seit Bestehen dieser Zeitschrift, unter der Federführung der Bundesanwaltschaft und den Geheimdiensten durch rund 30 Verfahren, das "Info" mundtot zu machen. Das "Info" nannte sich anfangs "Hungerstreik Info" und nach dem Ende des Streiks "Angehörigen Info" und ab 2005 "Gefangenen Info" (GI). Von den 30 Verfahren endeten mindestens vier im Gerichtssaal vor der Klassenjustiz, die teilweise durch mehrere Instanzen gingen. Verurteilt wurden wohl mindestens 2 RedakteurInnen. Im "Info" wurde und wird das staatliche Vorgehen gegen Gefangene kritisiert - statt die drakonischen Bedingungen samt den Sondergesetzen wie exemplarisch der §§ 129, 129a und 129b zu ändern bzw. abzuschaffen, reagierte der Staat zum Beispiel mit Verfahren nach §187 (Verleumdung) (und "Staatsverleumdung" nach § 90a - oder es wurde ein §129a-Verfahren wegen "Werbung für eine terroristische Vereinigung" eröffnet, weil Erklärungen der RAF dokumentiert worden sind, die in Prozessen verlesen wurden. Weitere Anlässe z.B. waren Artikel, die die staatliche Version z.B. der Selbstmorde in Stuttgart-Stammheim am 18.10.1977 oder von Wolfgang Grams am 27.6.1993 in Bad Kleinen thematisierten und in Frage stellten.

### Zum Hintergrund des Verfahrens:

Hier in der BRD sind zirka 10 kurdische und türkische Gefangene wegen ihrer politischen Arbeit verhaftet und isoliert. Diese Eingekerkerten sind durchweg 23 Stunden allein in ihrer Zelle, Briefe "verschwinden" oder werden beschlagnahmt, es hagelt Besuchsverbote und in Düsseldorf wurden Prozessbeobachter\_innen verprügelt und zu Geldstrafen verurteilt. Der §129b-Gefangene Faruk Ereren bezeichnet das umfassende Isolationsprogramm als "Weiße Folter mit dem Ziel, uns zu zermürben". All das hat Ähnlichkeit mit den drakonischen Maßnahmen, denen die Gefangenen aus der RAF vor allem in den siebziger und achtziger Jahren ausgesetzt waren. Die Anklagen gegen die anatolischen Menschen basieren häufig auf Foltergeständnissen aus der Türkei. Dass dort überwiegend gefoltert wird, ist bekannt. So haben in den Jahren 2006 und 2007 4.719 Menschen Klagen wegen Miss-

handlung, Folter und exzessiver Folter durch Polizei und Geheimdienste eingereicht. Die Staatsschutzsenate in Stuttgart und Düsseldorf haben durchweg keine Probleme "Früchte vom vergifteten Baum", wie es der stellvertretende Generalbundesanwalt Rainer Griesbaum ausdrückte, zu verwerten. "Dies bedeutet nichts anderes als der Folter zuzustimmen und die Folterer zu ermutigen", wie der Gefangene Cengiz Oban, der zu Zeit wegen §129b in Düsseldorf vor Gericht steht, in einem Brief vom April 2009 feststellte.

Faruk Ereren, der ebenfalls wegen des §129b eingebunkert und in einem weiteren Verfahren in Düsseldorf vor dem Staatsschutzsenat abgeurteilt werden soll, droht die Auslieferung in die Türkei. "Was mich erwartet, wenn ich in die Türkei ausgeliefert werden sollte, ist Repression, Folter und Haft bis zum Tod.", erklärte Ereren, der seit seiner Festnahme im April 2007 unter Isolationsbedingungen in Untersuchungshaft eingesperrt ist, vor Gericht.

Die Türkei ist ein wichtiger Partner für das expansive Nato-Bündnis. Die meisten Waffen werden übrigens von der BRD nach dort exportiert, was zeigt, dass die BRD deswegen auch ein eigenes vitales Interesse hat, ihrer Bündnispartnerin dort und hier den Rücken frei zu halten. Von 2000-2007 wehrten sich tausende türkische und kurdische Gefangene im Hungerstreiks gegen die Folter "made in Stammheim". Über 120 tote Gefangene in diversen anatolischen Knästen kamen dabei ums Leben. Schon während des Hungerstreiks verlangte die Türkei von ihren Verbündeten das Verbot der Öffentlichkeitsarbeit in Europa.

Die Folge waren Razzien und Festnahmen 2004 in diversen Ländern Europas. Zusätzlich verlangt die Türkei die Auslieferung von zirka 300 kurdischen und türkischen AktivistInnen. Wie das exemplarisch in der BRD abläuft: Der Verfassungsschutz Baden-Württembergs warnt „vor linksradikaler deutsch-türkischer Solidarität“. (*Bietigheimer Zeitung*) Der VS bezog sich auf die Demonstration vom 5.7.2008 gegen die Kriminalisierung des migrantischen Widerstands und somit gegen die Terrorparagrafen §129a und b. Prompt gab es wieder 3 Verhaftungen im November 2008. Anfang des Jahres wurden wieder 2 türkische Menschenrechtsaktivisten verhaftet.

### Zurück zum Verfahren

In den 21 Jahren seit Bestehen des "Gefangenen Infos" hat es über 30 Versuche seitens des Staates gegeben, die Zeitung mundtot zu machen. In Anbetracht der Tatsache, dass linke Medienprojekte wie das "Gefangenen Info" keine kommerziellen Ziele verfolgen und somit nicht über ein dickes Finanzpolster verfügen, gleicht jeder Strafbefehl und jede Geldstrafe einem massiven Angriff, der die Existenz dieses Projektes gefährdet. Da diese repressiven Maßnahmen in erster Linie wirtschaftlichen Schaden anrichten und einschüchtern sollen, stellt sich uns die Frage, ob diese Maßnahmen nicht hart an der Grenze zur Medienszensur liegen. Neben der redaktionellen Arbeit musste die Existenz und damit das Fortbestehen des Infos auch immer vor dem Gericht verteidigt werden, um damit das Leben vor allem der Gefangenen aus der RAF vor staatlichen Übergriffen hinter Gitter zu schützen. Heute sind es vor allem Eingesperrten aus türkischen und anderen migrantischen Zusammenhängen, die diesen Sonderhaftbedingungen und -gesetzen ausgesetzt

sind. Es bedeutet immer Kampf auf allen diesen Ebenen, den Weggesperrten einen unzensurierten Raum zu geben für ihre politischen Vorstellungen bis hin zur ihrer Freiheit!

Mehr ist zu diesem Verfahren nicht zu sagen!

Berlin, 21. April 2010

Wolfgang Lettow

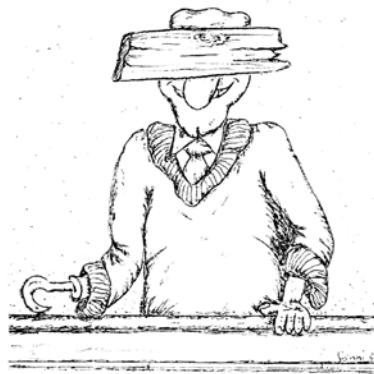
## **Wortwörtlich, so ähnlich oder überhaupt nicht?**

### **... jedenfalls einfach zynisch**

Was hat er ganz genau gesagt, der Richter, als er die später sogar von der Justiz als rechtswidrig definierte Beugehaft anordnete? Wir wissen es nicht, denn wir waren nicht bei dem damaligen Prozess. Doch immerhin gibt es neben den "üblichen Verdächtigen" (*Rote Hilfe u.ä.*) auch solche, die von ihrem Status her normalerweise als "ehrenwerte Bürger" bezeichnet werden, die alle bezeugen, eine "zynische" Aussage gehört zu haben. Und war nicht schon das alleinige Handeln des Richters zynisch?

Ein Prozess ist ja öffentlich. Was in den Knästen gegenüber Gefangenen gesagt und mit ihnen gemacht wird, ist es viel weniger. Gefangene können sich demnach noch weniger gegen Entwürdigung und Menschenrecht verletzende Übergriffe wehren als in Prozessen Angeklagte. Dass aber die "Krähen" auf allen Ästen des Justiz-Baums sich möglichst nicht gegenseitig die Augen auskratzen, ist nicht nur sprichwörtlich, sondern bittere Erfahrung all derjenigen, die sich gegen solche zu verteidigen versuchen. Und es ist die Erfahrung derjenigen, die Öffentlichkeit gegen "Justiz"-Verfahrensweisen schaffen - (*egal ob gegen Rechtsprechung oder "Vollzug"*) -, dass "Justiz" sie verfolgt.

## **BRETT DIE DAS WORT BEDEUTEN**



Strafrechtlich werden immer einzelne rausgegriffen, aber viele sind gemeint. Ich fände es ganz "lustig", wenn drei oder vier von denjenigen, die die "zynischen Sätze" gehört haben, jetzt einfach sagen könnten: "Wenn die Justiz bei diesem empörenden Urteil bleibt, nehmen wir der Knast-Info-Redaktion die auferlegte Last ab und gehen für (jeweils 27, 26 oder 20) Tage in den Knast. Dann kann die Redaktion ohne Unterbrechung weiter die Zeitung produzieren. Und wir haben nachher noch mehr zu berichten." Wäre doch schöner, als die Justizmaschine auch noch zu finanzieren! Oder? Naja, nur ein Gedankenspiel, denn man kann ja leider

verurteilten Kumpeln keine Knasttage abnehmen. An so einer Solidarisierung teilzunehmen, könnte ich mir ansonsten auch für mich vorstellen, ohne an jenem Tag Prozessbeobachterin gewesen zu sein. Denn wir machen ebenfalls Öffentlichkeit gegen das, was sich "Justiz" nennt.

Selbstverständlich ist diese Verurteilung ein Skandal. Einer wie viele andere Skandale auch, bei denen übereinstimmende Aussagen gegen eine Figur der Justiz nicht berücksichtigt werden und „die Justiz“ immer Recht hat. „Recht“ ist ja deren Privatbesitz. Aber vielleicht könnten Richter bei der Berufungsverhandlung ja taktisch klüger sein, denn eine Verurteilung von „Gefangenen Info“ ist halt sehr öffentlich. Und würde uns bestätigen hinsichtlich unserer Meinung vom „Krähenfilz“. Immerhin steht Aussage gegen Aussage und nichts ist bewiesen, außer dass - s.o. - die Vorgehensweise des Richters zu Empörung Anlass gab. Was ja sogar - oh Wunder - von einer juristischen Instanz anerkannt ist hinsichtlich der verhängten Beugehaft. *J.H. Bix  
AKP Köln*

## **Solidarität mit "Gefangenen Info" und Wolfgang**

Die Versuche des Staates das "Gefangenen Info" (*bzw. vor der Umbenennung "Angehörigen Info"*) mundtot zu machen, sind Legion; in dieser Reihe gehört auch der jetzige Strafprozess.

Ein Regime, das andere Staaten über die Bedeutung und Einhaltung der Menschenrechte mit den Mitteln des Krieges belehrt (*aktuell die Besetzung Afghanistans*), sollte sich zuvörderst um grundlegende Angelegenheiten im "eigenen" Lande kümmern.

Aber Aussagen aus Staaten, in denen erwiesenermaßen gefoltert wird (*namentlich Türkei*), werden wie selbstverständlich in hiesigen Strafprozessen zur Belastung von Anklagen verwandt. Zeugen, die zuvor schwer (*in der Türkei*) gefoltert wurden, werden, so sie nicht im Sinne des Gerichts und der Bundesanwaltschaft die die ihnen zugedachte Rolle erfüllen, kurzerhand in Beugehaft gesteckt; und wer darüber berichtet, so wie das "Gefangenen Info", muss damit rechnen, strafrechtlich belangt zu werden, wenn ein Artikel aus Sicht des Gerichts, über welches berichtet wird, unzutreffende Aspekte enthält. Niemand hätte die sich nun schwer verleumdet fühlenden Richter gehindert, eine Gegendarstellung einzureichen. Nein, hier wird die Keule der Strafjustiz und potentiell wirtschaftlichen Vernichtung von Redakteur bzw. "Gefangenen Info" geschwungen.

Die systematische Kriminalisierung unbequemer Journalisten ist immer wieder Thema in der Öffentlichkeit; da werden Redaktionen durchsucht (*was im Fall "Cicero" selbst dem Bundesverfassungsgericht zuviel war*), Journalisten für Übersetzungstätigkeiten vor Gericht gestellt oder eben für eine von Richtern als unwahr gehaltene Bemerkung in einem Artikel. Gerade, weil das "Gefangenen Info" den Marginalisierten eine Stimme gibt, verdient es unserer aller Solidarität.

### **Freispruch für Wolfgang!**

Thomas Meyer-Falk, zZt JVA Bruchsal  
D-76646 Bruchsal

Geschrieben für den Termin am 21.04., gilt aber wohl auch für die Berufungsverhandlung

## News um den 129 b Schauprozess in Düsseldorf

### Juristische Serientäter : Erneuter Prozessaufakt

Nahezu anderthalb Jahre in Isolationshaft lagen hinter Nurhan Erdem, Cengiz Oban und Ahmet Istanbulu, als sie am 11.3.2010 in Saal 1 des OLG Düsseldorf geführt wurden. Gezeichnet von der überlangen U-Haft und Isolationsbedingungen waren alle drei, aber es war ihnen anzumerken, dass sie sich freuen, nahe Verwandte und FreundInnen erblicken zu können. So sah Nurhan erstmalig nach ihrer Festnahme ihren Vater wieder. Er darf sie nicht besuchen. Besuchsverbote werden willkürlich und selbst gegen nächste Angehörige ausgesprochen.

Wegen der überlangen Untersuchungshaft hatte die Verteidigung beim Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe beantragt, den Haftbefehl aufzuheben und die Mandanten unverzüglich aus der Haft zu entlassen. Abgelehnt. (...)

Nurhan leidet stark unter den Isolationshaftbedingungen. Gutachter Leygraf (sollte) sich zur ihrer Verhandlungsfähigkeit äußern. Er hatte sie vor dem ersten Verhandlungstag einmal aufgesucht. Da aber wies Nurhan Erdem diesen darauf hin, dass sie seine Rolle als Sachverständiger in einem Verfahren dieser Art, das migrantische Strukturen kriminalisiere und verfolge, nicht akzeptiere und sie deshalb nicht kooperiere. Sie werde ihre Verhandlungsfähigkeit selber einschätzen: „Ich bin verhandlungsfähig“.

Ahmet Istanbulu machte keinerlei Angaben, auch nicht zur Person.

Cengiz Obans Verteidigerinnen beantragten, das Verfahren auszusetzen, da die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zur Listung \* ausstehe. Der EuGH ist das höchste Europäische Gericht und seine Entscheidungen sind für nationale Gerichte und Regierungen bindend. In mehreren Urteilen hatte der EuGH das Listungsverfahren kritisiert als weder demokratisch noch rechtlich legitimiert oder kontrolliert.

Die VerteidigerInnen stellten dar, dass das gesamte Anklagekonstrukt aufgrund seiner Unbestimmtheit rechtswidrig sei. Strafgesetze müssen eindeutig erkennbar machen, wann eine Straftat vorliegt. Strafbarkeit abhängig von wechselnden EU-Ministerratsbeschlüssen entspricht dem nicht. „Wir befürchten, dass hier ein neues Mittel der Kriminalisierung unliebsamer politisch tätiger Menschen erprobt werden soll, das kaum mehr einer juristischen Kontrolle unterliegt“, fügt Rechtsanwältin Britta Eder hinzu. Auf solch einer Grundlage könnte künftig quasi jegliche Unterstützungsarbeit von politischen Gefangenen oder in Kulturvereinen kriminalisiert werden.

Die verlesene Anklageschrift enthält nichts Konkretes. Die Betroffenen seien „hochrangige Führungsfunktionäre“ und an der „innerhalb der DHKP-C bestehenden terroristischen Vereinigung in der Türkei beteiligt“. Naja, und die DHKP-C kämpfte dort für einen Umsturz.

Bundesanwalt Homann schob ein, der Bundesanwaltschaft komme es auf 10 oder 15 Jahre Inhaftierung nicht an. Die Verteidigung verbat sich in scharfer Form derartige Äußerungen. Weiterhin stellte sie einen Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter Ottmar Breidling. Er habe in einem Seminar geäußert, dass es für einen Vorsitzenden Richter darauf ankomme, direkt am ersten Prozesstag die „Luft-höheit“ zu bekommen. Dies zeige, dass der Richter das Verfahren als «kriegerische Handlung» begreife und eine feindliche Einstellung zu den Angeklagten habe.

Alle Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt. Nach einer Unterbrechung verlas Cengiz Oban seine Prozessklärung auf Türkisch. Als er einige Übersetzungsfehler des Gerichtsdolmetschers korrigiert haben wollte, forderte ihn Richter Breidling auf, seine türkische Erklärung beim Lesen selbst auf Deutsch zu übersetzen. Cengiz' Verteidigerin wies darauf hin, dass ihr Mandant ein Recht auf eine Übersetzung habe.



Cengiz Oban verwies auf Kriege und Völkermord durch die deutschen Nazis, die Kriege des US-Imperialismus, von die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki über Vietnam und bis Afghanistan. Es seien die Demagogen des Terrorismus, die ihren eigenen Terrorismus verbergen würden.

Nurhan Erdems Rechtsanwältin Möller verlas die Erklärung ihrer Mandantin, die davon sprach, dass Nurhan sich im Rahmen von Inhaftierung und Prozess an Hexenverfolgung erinnert fühle.

*mf-Zusammenfassung auf Grundlage eines Textes aus den Kreis der ProzessbeobachterInnen*

\* „Listung“: EU-Terrorliste beruht allein auf Geheimdienst-Informationen, wird in nichtöffentlicher Sitzung vom EU-Ministerrat beschlossen. Je nach Belieben bzw. politischer Opportunität werden Gruppen in die Liste aufgenommen bzw. von dieser gelöscht. Unterstellte oder feststellbare Mitgliedschaft in einer „gelisteten“ Organisation führt zu Überwachung, kann Vorwand für Festnahme, Inhaftierung, Verurteilung werden, auch wenn der Person nur Aktionen sozialen Engagements beweisbar sind (Spenden sammeln, soziale Projekte), die völlig legal wären, gäbe es nicht diese Liste.

### Schikanen ohne Ende ?

Versuche der Repressionsorgane, Menschen aus der Soliarbeit zu den § 129 b Prozessen in Düsseldorf anzugreifen, setzen sich fort. Im Sommer vergangenen Jahres waren ProzessbeobachterInnen des Schauprozess um den nach § 129b StGB verfolgten Faruk Ereren brutal im Keller des OLG Düsseldorf von der Poli-

zei zusammengeschlagen worden. Die offensichtlichen Verletzungen waren kommentarlos hingenommen und Bußgelder verhängt worden.

Am 11. März hat vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf ein weiterer Prozess gegen Nurhan Erdem, Cengiz Oban und Ahmet Istanbulu begonnen. Ihnen, die seit über 17 Monaten unter verschärften Bedingungen in Untersuchungshaft sitzen, werden Delikte in Zusammenhang mit einer unterstellten Mitgliedschaft in der türkischen militanten Gruppe DHKP-C vorgeworfen. Die Bundesanwaltschaft (BAW) stützt die Anklage auf den § 129b („Unterstützung krimineller und terroristischer Vereinigungen im Ausland“)

Weil die Vorwürfe allerdings beinahe ausschließlich auf der Arbeit in Kulturvereinen, Solidaritätsarbeit zur Situation in türkischen Gefängnissen und Unterstützung dort inhaftierter politischer Gefangener beruhen, behilft sich die BAW überdies mit einem Paragraphen des Außenwirtschaftsgesetzes (AWG). Damit soll sichergestellt werden, dass die Angeklagten auch im Falle einer nicht erfolgreichen Anwendung des § 129b verurteilt werden können.

„Wir lassen uns nicht mundtot machen“ betonte das Gefangeneninfo und legte Berufung gegen das Urteil von 800 Euro ein, mit dem offensichtlich versucht werden soll, die Berichterstattung zu den obigen § 129 Verfahren vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf einzuschränken.

Am Montag 3.5. steht ein weiterer Mensch aus der Prozessbeobachtungsgruppe vor Gericht. Dieses Verfahren findet in Köln statt.

### Wir protestieren gegen die Kriminalisierungsversuche linker Medien und Menschen aus der Solidaritätsarbeit!

Durch derartige Einschüchterungsversuche sollen die Öffentlichkeitsarbeit gegen den Gesinnungsparagraphen 129b und die kritische Prozessbeobachtung unterbunden werden.

**Unsere Solidarität  
gehört den angegriffenen Menschen.  
Wir fordern die Einstellung  
der §129 Verfahren gegen linke AktivistInnen  
und die vollständige Abschaffung  
der Paragraphen 129!**

*aus dem Netzwerk Gefangeneninfo*

## KNASTKAMPF

**Der Knastkampf, über den im Folgenden berichtet wird, findet in weiter Ferne statt. Trotzdem erscheint es uns sinnvoll, ihn zur Kenntnis zu nehmen. Es sind (oder waren ???) beeindruckend viele Gefangene an ihm beteiligt. Es sind nicht die irgendwie "besonderen" Gefangenen, sondern einfach viele Gefangene aus mehreren Knästen. Und es geht um allgemeine und grundlegende Forderungen bezüglich des Strafsystems.**

Naja, Korrektur: "besondere" Gefangene sind es durchaus, die da mitmachen. Eben, weil sie sich engagieren. Es sind ja bei weitem nicht alle Gefangene. Das heißt die Besonderheit der kämpfenden Gefangenen besteht in ihrer persönlichen Entscheidung, Risiken, Anstrengungen, Verzichte auf sich zu nehmen für gemeinsame Ziele. Also um politisch was durchzusetzen. In sofern sind das "politische Gefangene". Nicht wegen des Faktums, auf Grund dessen sie eingefahren sind, nicht weil sie vor ihrer Inhaftierung schon Teil irgend welcher politischer Bewegung waren, sondern weil sie JETZT gemeinsam politisch handeln. Natürlich muss man nicht unbedingt diese Bezeichnung wählen. Man kann auch genauer "politisch handelnde Gefangene" oder "kämpfende Gefangene" sagen.

Das bisher Geschriebene soll nur (*mal wieder*) darauf hin zielen, dass starre Schubladen ungeeignet und aufspaltend sind, dass es immer darauf ankommt, ob und wie viele Gemeinsamkeiten wir entwickeln können, über unterschiedliche persönliche Eigenarten und Vorgeschichten hinweg. (*siehe dazu auch Erwin Adamzyk und Gabriel Pombo da Silva*)

Es ist m.E.allerdings schade, dass die Gefangenen, obwohl sie viele sind, nur den Hungerstreik als Ausdrucksmittel ihres Kampfes gefunden haben. Mit Hungerstreik tun sich Menschen immer zunächst selbst etwas an, gefährden sie ihre Gesundheit und ihr Leben, wenn der Kampf konsequent geführt wird und länger andauert, also nicht nur symbolisch ein Zeichen setzen soll. Wenn sich viele zusammen tun, müsste es auch im Knast andere Mittel geben. Doch wenn ein Hungerstreik weltweit von engagierten Menschen zur Kenntnis genommen und unterstützt wird, ist das natürlich auch schon etwas. Und ich will jetzt nicht einfach den spontanen Revolten das Wort reden, wie es sie auf dem amerikanischen Kontinent schon viele in großer Heftigkeit gegeben hat, jedoch meist mit militärischer Niederschlagung und vielen Toten. (*Siehe zu Kampfmittel Hungerstreik Gabriels ganz andere Position*)

Wir wissen nicht, ob wir über die Ergebnisse dieses aktuellen Kampfes in Argentinien werden berichten können. Teilweise gelangen nur zum Höhepunkt laufender Kämpfe Nachrichten an uns. Danach wird es manchmal schwer, weiteres zu erfahren. Das war für uns so nach den sehr breiten Gefangenenkämpfen in Griechenland und denen gegen die faktisch lebenslange Strafe in Italien, beides vor etwa anderthalb Jahren. Wir hoffen, dass es diesmal besser klappt mit dem Informationsfluss. (*HB*)

**Doch zunächst, was bisher mitgeteilt wurde:**

## **Hungerstreik in argentinischen Knästen**

Am 18. März 2010 initiierten Gefangene einer Einheit (*Unidad 9*) des Knasts La Plata in der Provinz Buenos Aires einen Hungerstreik. Die Gefangenen waren dabei, Forderungen gegen Verhärtungen der Strafgesetzgebung zu formulieren. Um diesen Gehör zu verschaffen, sollte am 21. März ein Hungerstreik begonnen werden. Nachdem jedoch vier Gefangene, die an der

Formulierung der Forderungen beteiligt waren, am 18. März verlegt wurden, entschlossen sich die Gefangenen früher in Streik zu treten.

Im Laufe der letzten Wochen haben sich mehr als 1300 Gefangene aus 8 Knästen in der Provinz und Stadt Buenos Aires (*La Plata, Melchor Romero, Campana, Olmos, Varela, Marcos Paz, Ezeiza, Devoto*) dem Streik angeschlossen. Insgesamt sitzen in den Knästen Buenos Aires' ungefähr 30 000 Personen.

Die Gefangenen verfassten Kommuniqués, die ihre Forderungen beinhalten, und leiteten diese an die zuständigen Staats- und Justizgewalten sowie an Menschenrechtsorganisationen weiter. Im Folgenden fassen wir einige der Forderungen kurz zusammen:

- \* Die Wiedereinführung des "2x1-Gesetzes". 2x1 bezeichnet ein Gesetz, das im Falle von Untersuchungshaft und einer anschließenden Verurteilung, (die oft erst zwischen 2 und 4 Jahre später erfolgt), die in der U-Haft abgesessene Zeit verdoppelt von der bei der Verurteilung festgelegten Strafdauer abzieht. D.h. eine Person die nach zwei Jahren U-Haft zu sechs Jahren Knast verurteilt wird, müsste nach diesem Gesetz nach ihrer Verurteilung noch zwei Jahre im Knast bleiben. Das 2x1 wurde 2003 außer Kraft gesetzt.
- \* Eine Gesetzesänderung im Hinblick darauf, dass Personen die zum wiederholten Mal im Knast landen nicht vom Recht auf offenen Vollzug ausgeschlossen werden.
- \* Forderung einer Höchststrafe von 25 Jahren.
- \* Offener Vollzug für Menschen ab 60 Jahren, Schwangere, Mütter mit Kindern unter fünf Jahren, Menschen mit Erkrankungen wie z.B. HIV oder Diabetes.

Dies sind nur vier der vielen Forderungen. Die vollständige Aufzählung in ihrer juristischen Genauigkeit ist uns nicht möglich, weil es dafür detailliertere Kenntnisse über den Gesetzeskontext Argentinien's bräuchte, die wir leider nicht haben.



8. April, Solidaritätstag für die hungerstreikenden Gefangenen in der Provinz Buenos Aires. Mit Transparenten, Plakaten, Flugblättern, am Mikro schafften Angehörige und anarchistische Unterstützer/innen Öffentlichkeit

Aus zwei der am Streik beteiligten Knäste wurde und wird ein Dialogisch gefordert mit Gefangenen, Unterstützer\_innen der Gefangenen (*Menschenrechtsorganisationen, La Cantora - eine 1992 gegründete Gruppe ehemaliger Gefangener, die vor allem in den Bereichen Anti-Knast & AntiRepression & Kommunikation aktiv ist*) sowie Vertreter\_innen der drei Staatsgewalten, um über die Umsetzung der Forderungen zu verhandeln.

Einige Treffen haben bisher stattgefunden, wobei jedoch den Forderungen der Gefangenen nicht immer nachgegangen wurde. Beim ersten Treffen in La Plata bspw wurde die Anwesenheit der Unterstützer\_innen untersagt. Die mündlichen Ankündigungen von Gesetzesentwürfen, welche Forderungen der Gefangenen beinhalten, scheinen bisher nur leere Versprechungen zu sein.

Vom ersten Tag des Hungerstreiks an wird gegen die Gefangenen mit besonderen Repressionsmaßnahmen vorgegangen. So wurden und werden am Hungerstreik beteiligte Personen willkürlich und immer wieder verlegt und/oder in Isolationshaft gesteckt. Von Anfang an wurden medizinische Betreuung und Gewichtskontrollen verweigert. Gefangene wurden dazu gezwungen Formulare zu unterschreiben, mit denen sie die Verantwortung für mögliche gesundheitliche Folgen die aus dem Hungerstreik resultieren selbst übernehmen; oder solche die besagen, sie befänden sich nicht im Hungerstreik. Ebenso werden den Gefangenen Lebensmittel wie Brühe, Tee, Mate, Zucker u.ä. weggenommen. Außerdem wird die Kommunikation nach außen erschwert bis unmöglich gemacht.

Am Sonntag den 28. März starb der am Streik beteiligte Gefangene Rubén Terzagui im Knast von Olmos. Er hatte schon länger dafür gekämpft, in den offenen Vollzug zu kommen. Kurz nach Beginn des Streiks war er in ein Krankenhaus verlegt worden, und von dort aus einige Tage später in einen anderen Knast als vor seinem Krankenhausaufenthalt. Sein Tod wird vom Servicio Penitenciario (*Knastpersonal*) darauf geschoben, dass er HIV positiv und deshalb schon länger körperlich geschwächt war.

Der Streik erfährt von unterschiedlichen Seiten Unterstützung und Solidarität. Angehörige und Unterstützer\_innen besuchten Gefangene und versammelten sich in La Plata vor dem Gericht und dem Knast um Öffentlichkeit für den Streik und für die Forderungen zu schaffen. Vor einem Gebäude des Servicio Penitenciario Federal in Buenos Aires fand eine Soli-Aktion von Anarchist\_innen statt, bei der Flyer verteilt und Forderungen zur Abschaffung von Knästen auf die Wände gesprüht wurden.

Dennoch bleibt es schwierig die Isolation der Knäste zu überwinden und den Protest nach außen zu tragen. So war es uns zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels nicht möglich, genaue Informationen über den aktuellen Stand in den Knästen zu finden. In Devoto wurde am 5. April beschlossen, den Hungerstreik zu unterbrechen und am 12. April wieder aufzunehmen, wenn bis zu diesem Datum keine konkreten Reaktionen von den Repräsentant\_innen der drei Staatsgewalten gezeigt würden. Die Entwicklung seither in Devoto ist uns unbekannt. In La Plata wurde am 12. April nach wie vor gestreikt. Über den aktuellen Stand in den anderen Knästen liegen uns bisher leider keine Informationen vor.

*Leoni, übermittelt von ak antirepression*



Bild zum Hungerstreik 2006 in La Plata





## EINSCHÄTZUNGEN DISKUSSIONEN

Reaktion: Zum Kommentar von Finni  
in der No. 22 Mauerfall-

### Zwei-Klassen-Gefangene?

Zur (starren) Einordnung von Gefangenen in die Kategorien „politische Gefangene“, „soziale Gefangene“.

Ich gebe Finni voll und ganz Recht und sehe das genau so wie er! Es ist für die eine Seite der Gefangenen zumindest gefühlte Abwertung ihrer Person, wenn Unterschiede schon bei den Gefangenen gemacht werden.

Es gibt keine „politischen“ und noch anderen („soziale“) Gefangene! Jeder Gefangene ist und bleibt ein Mensch mit einer eventuellen Straftat oder auch nicht! Nur weil der eine nach den 129ern angeklagt und verurteilt wurde, der andere nicht, ändert sich daran gar nichts. Es ist unerträglich wenn hier differenziert gesehen und gehandelt wird! Mit welchem Recht, so frage ich, geschieht das dann?

Dass hier nicht nur die überwiegende Zahl von Gefangenen - wenn auch unabsichtlich - abgeschreckt wird oder es auch ist, wenn es heißt "politisch", sie sich auch distanzieren und das der doch immer wieder angestrebten SOLIDARITÄT zuwider läuft, sollten diejenigen mal versuchen zu überdenken, die mit dieser unterscheidenden Sprache sich zu Wort melden.

Wenn man es so betrachtet, sind ALLE Gefangenen sowohl politisch: sie werden von diesem politischen System eingesperrt gehalten. Zugleich sind es aber auch alle soziale Gefangene: sie sind Teil der Gesellschaft, die sie umgibt.

Und ich denke, man sollte sich für ALLE gleichermaßen einsetzen und solidarisieren, Niemand ist ein "besserer oder schlechterer" Gefangener, alle sind und bleiben gefangene Menschen!!!

DENKT DARAN!

Mit solidarischem Gruß

Erwin Adameczyk,  
JVA Bochum, Iv.I. Rprst.

Die aufständisch-anarchistischen Antiknastzeitung PRESOS A LA KALLE (Die Gefangenen raus auf die Strasse), Santiago, Chile brachte Artikel zum von Gabriel für Ende 09 initiierten befristeten internationalen Hungerstreik, zu Anlässen im eigenen Land und begleitenden Aktionen draußen. Dabei waren ebenfalls Auszüge eines Briefes von Gabriel an diese Zeitung. Nachfolgend Auszüge aus den dortigen Auszügen. Wir haben Teile ausgewählt, die zu der Fragestellung passen, die Erwin aufgeworfen hat.

### Zu Nähe und Gemeinsamkeiten

... Ich habe mehr als 25 Jahre Knast auf dem Buckel (davon mehr als 20 in Isolation) und sage das nicht mit Stolz (denn es kann ja nicht sein, stolz darauf zu sein, gefangen zu sein!) und nicht mit Jammer, es ist einfach Teil meiner persönlichen Geschichte. In diesen 25 Jahren habe ich mich nicht darauf beschränkt meine "Strafe abzusitzen" sondern ich habe mich als revolutionäres und bewusstes Individuum (aus einer antiautoritären Perspektive) weiterentwickelt und hunderte (oder tausende) von Büchern sprichwörtlich "verschlungen". Geschichte, Politik, Philosophie, usw. Ausser dieser Beschäftigung (eine notwendige Leidenschaft, um das Gehirn durchzulüften und praktische und theoretische Kenntnisse zu vermehren) und dem Schreiben (Briefe, Texte, Gedichte, Bücher...) habe ich mich dem Kampf in meinem Kontext mit anderen Gefangenen gewidmet (HS, Aufstände, usw.).

Ich habe Mühe, theoretische Konzeptualisierungen (Festlegungen) in der Praxis des Krieges gegen die Herrschaft und ihre vielfältigen Systeme und Wurmfortsätze zu akzeptieren ... Damit möchte ich sagen, dass ich "politisch" als Adjektiv und Begriff verabscheue, den wir unweigerlich einsetzen, um zu signalisieren, zusammenzufassen und zu synthetisieren was wir sagen, wir seien ...

Ich denke wir alle sind viel mehr als unsere entsprechenden Ideen oder Handlungen. Nur die gesamte Lebensbahn eines Individuums kann uns sagen, ob jene oder jener eine Schwester oder ein Bruder, affin oder nicht ist... Für mich ist das Konzept von "affin/Affinität" (nah, Nähe) sehr viel mehr als es ... in der Geschichte bis heute theoretisiert wurde.

Ich lege nicht weniger Wert auf die nicht politische Affinität, die sich unter („apolitischen“) rebellischen Individuen entwickelt, die, auch wenn sie unsere (politischen) Ideen nicht teilen, dazu geeignet sind, in gegenseitiger Art und Weise lebenswichtige Aktionen durchzuführen. ... Es ist eine Tatsache, dass wir oft in unserem Leben nicht von Genossen umgeben sind, die unsere Ideen und Projekte teilen und wir, in diesem Sinne, Komplizen in unserem Umfeld/Kontext finden müssen, um zu überleben und um nach Auswegen zu suchen, mit denen wir die Stagnierung und Isolierung des Momentes durchbrechen können.

Zum Beispiel wenn es ums "liebe Geld" zur Selbstfinanzierung geht und wir keine GenossInnen finden, die bereit sind zur Enteignung (...) oder wie jetzt hier, wo "von dem ausgegangen werden muss, was ist" und ich Kämpfe begleite (immer mit der Absicht sie zu radikalisie-

ren) die "legalistisch" sind ("Menschenrechte") aber ein Anfang von etwas sein können, das immer noch besser ist als gar nichts.

In diesem Sinne erinnere ich an die Solihungerstreiks mit der lvi in Deutschland, den "ergastolani" in Italien, usw., die leider die erhofften Früchte nicht brachten. Aber trotzdem versuchten wir, die symbolisch daran teilnehmenden antiautoritären GenossInnen, deren legalistischen Charakter zu überwinden.

Wir wissen alle, dass mit GenossInnen voranzuschreiten "ideal" wäre, welche die Dinge so sehen wie wir. Aber wir wissen, dass die wirklichen Umstände von einem Zusammenhang zum anderen verschieden sind, und dass sich unsere Ideen genau unserem jeweiligen Kontext entsprechend ausdrücken müssen.

Zum Beispiel sehen sowohl "politische" als auch "soziale" Gefangene in Deutschland den HS nicht als Waffe des Kampfes, was mir unglaublich scheint, weil sie in der iberischen Halbinsel zum Arsenal aller RebellInnen und RevolutionärInnen jeglicher Tendenz gehört. In Italien passiert etwas Ähnliches wie hier. Es wird nicht nur als keine strategische Waffe betrachtet, sondern sogar als "Selbstverstümmelung" hart kritisiert, und wer weiß wie viel Schwachsinn noch.

Meine Kampferfahrungen bestätigen mir, dass HS, wenn kollektiv geführt, Bindungen der Affinität und der Bewusstseinsbildung herstellen, die über theoretische Masturbation hinausgehen. Wenn wir zusammen "hungern", sagen wir unseren Schliessern damit, dass wir auch in diesen Scheissumständen, wo wir nur über unsere Körper und Ideen (das heisst Würde) verfügen, unsere Liebe und Wut auszudrücken imstande sind.

Der HS wird von der Knastinstitution als Akt der Rebellion und "schlechter" Führung betrachtet, wie die GenossInnen sehr wohl wissen. ... Darum ist es seltsam, dass gerade gewisse GenossInnen uns "kritisieren"...

Gabriel Pombo da Silva  
Aachen, 30. November 2009

(In "PRESOS A LA KALLE" folgen noch Gabriels Überlegungen zu revolutionär-aufständig-anarchistischer Selbstorganisation, die auf feste Strukturen verzichtet, aber lebendigen Austausch im Denken und Handeln pflegen sollte, "auch in der Propaganda, die mehr als nur etwas 'Selbstbezogenes' sein muss".)



**„Wie sich im Kommunismus  
mit einem Lächeln bezahlen lässt“  
oder  
„Es gibt immer was zu tun!“**

Beitrag zur „Utopie-Debatte“: von einer Einzelperson aus dem Kölner Mauerfall-Umfeld.

*Dies ist ein Teil eines Textes aus dem Magazin „Straßen aus Zucker“, Magazin „gegen das Ende der Geschichte“.*

Aachen, Abschiebung, Armut, Ausgrenzung, Ausbeutung, Bargeld, Bildungsnot, Brauchtum, Bingo, Christen, Drogenfahnder, Existenznot, Faschismus, Gartenzwerge, Heino, Insolvenz, Judenhass, Krieg, Lohnarbeit, Mario Barth, Nazis, Opas Eisernes Kreuz, Preußen, Querfront, Repression Schule, Tag der Heimat, Umweltverschmutzung, Von der Leyen, Werbung, Xavers Lederhosen, Zivilpolizisten. Das ist eine Kleine Auswahl der Dinge, die wir an dieser Gesellschaft richtig scheiße finden. Wir sagen nicht, dass der Kapitalismus an allem schuld ist. Aber er hängt mit all dem zusammen. Zusammen ergibt das ein Bild. Das Bild einer Gesellschaft, in der wir nicht leben wollen. Wir wollen alles anders machen. Wir wollen eine Gesellschaft, die sich nicht die Produktion von Profit, sondern das höchstmögliche Glück aller auf die Fahne schreibt. Wir wissen nicht wie das geht. Wir wissen nur, wie es nicht geht. Indem wir sagen, was wir im hier und jetzt falsch finden, entsteht nach und nach ein anderes Bild. Eines davon, wie wir leben und arbeiten wollen und es hoffentlich auch einmal tun. Für das, was wir nicht klar beschreiben können, haben wir einen Namen. Da wir keinen besseren Begriff haben, nennen wir es Kommunismus.

**Alles anders anders**

Um es ganz knapp und mit den Worten anderer zu formulieren: Kommunismus meint eine Gesellschaft, in der alle selbst bestimmt und frei (*Entsprechend ihrer Fähigkeiten*) die Arbeit, die gemacht werden muss, verrichten und (entsprechend ihren Bedürfnissen) am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben. Eine Gesellschaft, die so organisiert ist, das sie den Reichtum der Erde nutzt, verwaltet und ihn zugleich nachhaltig bewahrt. Eine Gesellschaft, die das Leid der Menschen - sei es der mangelnde Zugang zu Ressourcen und Teilhabe, sei es Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung - abschaffen will.

Dieser Kommunismus wurde bisher nicht durchgesetzt. Er ist eine Utopie. Im griechischen: Utopia; übersetzt: Ein nicht Ort. Etwas, das zeitlich und räumlich weit weg von uns scheint. Größer könnte unser Ziel nicht sein. Doch wir sind angetreten, die ersten zaghaften Schritte auf diesem langen Weg zu gehen.

Der erste Schritt dahin ist die Analyse und die Kritik des Bestehenden. Nur indem wir sagen, wie wir nicht leben wollen und was an dieser Gesellschaft falsch ist, können wir im Anschluss daran sagen, wie eine zukünftige Gesellschaft aufgebaut sein soll. Diese Bestimmung des Kommunismus im Ausschlussverfahren nennen wir Negation. Also befassen wir uns erst mit der bestehenden Gesellschaft und ihren Merkmalen. (...)

„Kein Mensch hockt außerhalb dieser Welt“, sagt Karl Marx und gab damit vor, was in unseren Händen liegt: Wir selbst bestimmen, in was

für einer Welt wir leben und leben wollen. Solange wir aber glauben, dass es gar nicht anders geht als so wie jetzt, werden wir nie etwas verändern. Solange wir nicht von der tatsächlichen Möglichkeit der Utopie überzeugt sind, bleibt sie auch nur Utopie. Je mehr wir glauben, dass eine befreite Gesellschaft unmöglich ist, umso mehr wird sie unerreichbar sein. Und je weiter sie entfernt scheint, desto energischer gilt es, für sie einzutreten.

**Du bist Kommunismus!**

Ich habe einen langen Teil des Textes weggelassen, der sich noch näher mit der Analyse von Staat, Nation und Kapital auseinandersetzt. Ich wollte aber nicht gleich soviel Raum mit diesem Diskussionsbeitrag einnehmen und auch nicht als Klugschreiber daherkommen der euch jetzt mal kurz erklärt wie die Welt funktioniert. Mir gefällt dieser Text sehr gut und mir ist aufgefallen das die Frage nach der Realisierbarkeit von Utopie oder warum Mensch seine Zeit mit Antiknastarbeit „verschwendet“, öfter mal im Raum steht.

Mit solidarischen Grüßen

*Euer Kalle aus Kölle  
(Mauerfall-Umfeld)*

**Gefangene  
und das Parlament**

**Auch Gefangene glauben vielfach immer noch daran, dass Parlamentsabgeordnete ihnen im Einzelfall helfen (können/wollen). Heute soll anhand aktueller Erfahrungen mit den GRÜNEN im Landtag Baden-Württemberg dieser Glaube hinterfragt werden.**

In Stuttgart sitzen die GRÜNEN seit eh und je in der Opposition; dies mindert ihre Handlungsmöglichkeiten verständlicherweise, dennoch haben sie die Möglichkeit behördliches Tun kritisch zu beleuchten.

**A.) Heizzeiten-Petition**

Im Dezember 2009 wandten sich über 40 Gefangene mit einer Unterschriftenliste an Thomas Oelmayer, den Strafvollzugsbeauftragten der GRÜNEN im Landtag. Sie bemängelten die nach ihrem Empfinden zu geringen Heizzeiten in der JVA Bruchsal. Dort wird in den drei nicht renovierten Hafthäusern nur stundenweise geheizt und abends ab 20 Uhr oder kurz danach geht die Heizung ganz aus. So erwachten morgens Gefangene und fanden eine Eisschicht auf dem Fenster, bzw. die Fenster waren ganz zu gefroren, abgesehen davon, dass es zum frieren kalt war.

Die Petition der Gefangenen nahm Oelmayer zum Anlass, sich an Thomas Müller, den Leiter der JVA Bruchsal - (*über dessen Weihnachtsgruß, in welchen ein Zitat der Boehsen Onkelz zu finden war, ich kürzlich berichtete*) - zu wenden. Einleitend wünschte der Abgeordnete dem Anstaltsleiter ein "gutes Neues Jahr" und bedankte sich "*nochmals für das offene Gespräch am 01.12.2009*", als er die JVA besucht hatte, um dann die Heizzeitenproblematik anzusprechen. Er halte diese in der Tat für bedenklich.

Am 22. Februar 2010 kam Oelmayer auf die Gelegenheit zurück, referierte die Stellungnah-

me der JVA: Danach könne "*aufgrund technischer Eigenheiten*" die Heizungsanlage "*nicht bedarfsgerecht*" geregelt werden. Damit Hafträume nicht überheizt würden, aber auch "*aus ökologischen und ökonomischen Gründen*", würde nur eingeschränkt in den Zellen geheizt, was auch die Anstaltsleitung unbefriedigend finde. Jedoch sei aus finanziellen Gründen eine Sanierung derzeit nicht möglich.

Der Abgeordnete teilt die Einschätzung der JVA, dass die Situation unbefriedigend sei. Da aber die Temperaturen in den Zellen seiner Ansicht nach "ausreichend" waren, betrachtete er "*diese Angelegenheit hiermit als erledigt*".

Die betroffenen Gefangenen empfanden dieses Schreiben als Hohn. Vom gut geheizten Landtagsbüro locker von sich gegeben. Soll er doch mal bei -15 Grad Celsius eine Nacht in solch einer Zelle, die seiner Weisheit nach "*ausreichend*" temperiert ist, verbringen.

**B.) Kleine Anfrage der GRÜNEN**

Am 13.01.2010 reichten die GRÜNEN eine Kleine Anfrage in den Landtag ein (*Drucksache 14/5673 gibt Anfrage und Antwort der Landesregierung wieder; <http://www.landtag-bw.de/Dokumente>*), um mannigfache Verschlechterungen im Vollzugsalltag der Gefangenen in Bruchsal zu thematisieren. Die Liste der Fragen reichte von Beschränkungen der Einkaufsmöglichkeiten, Reduzierung des Hofgangs über Kameraüberwachung im Hof, langdauernde Absonderung von Gefangenen bis keine Kochmöglichkeit für die Insassen, kein abendlicher Zellenaufschluss.

Die Antwort des Justizministers Dr. Goll (*FDP*) parierte alle Fragen mit schönstem Behörden-sprech, gerne auch mal vollkommen am Thema vorbei. Für Einschränkungen mussten "*subkulturelle Aktivitäten*" herhalten die es schon immer gab und in jedem Gefängnis auch immer geben wird. Ausserdem sei Bruchsal zuständig für "*besonders gefährliche Gefangene*", dies ziehe dann eben auch besondere Sicherungsmaßnahmen nach sich.



So weit ersichtlich, war die Anfrage der GRÜNEN die erste parlamentarische Initiative seit Jahren, die sich spezifisch auf Probleme einer bestimmten Anstalt bezog. Solange jedoch dann keine kritische Nachfrage erfolgt - (und so sieht es aus)-, verpufft selbst das geringe Potenzial das solch eine Anfrage haben könnte.

**C.) Resümee**

Ich bestreite nicht, daß in einer sehr geringen Anzahl von Einzelfällen engagierte Abgeordnete etwas bewirken können; im Regelfall wird aber verfahren wie oben beschrieben. Die Behörde wird zur Stellungnahme aufgefordert, diese her-nach abgeschlossen, für sachlich nachvollzieh-

bar erklärt, weshalb man die Angelegenheit "hiermit als erledigt" betrachte. Wer seine Hoffnungen auf die gewählten "VolksvertreterInnen" setzt, hat schon verloren.

Thomas Meyer-Falk,  
c/o JVA-Z. 3113, Schönbornstr. 32,  
76646 Bruchsal  
<http://www.freedom-for-thomas.de>  
<http://www.freedomforthomas.wordpress.com>

## Kritik

### an der Kritik

### der Knastkritik

#### Zu Maiks bisherigen Debattenbeiträgen

Hallo Maik, beharrlich vertrittst Du Deine Kritik an der Knastkritik, ebenso beharrlich halte ich dagegen. Willst Du sagen, ein glücklicher Gefangener zu sein? Oder ein glücklicher Zwangsarbeiter? Oder ein Realist, der es ablehnt, aussichtslose Kämpfe zu führen? Vielleicht ärgern Dich all jene „Weicheier“, die immer bloß herum jammern und nichts glatt auf die Reihe kriegen? Ich werde aus Dir nicht schlau, möchte es aber versuchen.

Vorweg: Mit dem Mauerfall können Gefangene in schwierigen bis schwersten Haftsituationen ihre Isolation durchbrechen und sich behaupten. Es ist der Mauerfall daher zugleich ein Ort des Widerstands gegen die Arroganz und Willkür der Macht sowie gegen die Bösartigkeit des Tag-Gespenster mit Namen Arbeit, Kapital, Volk und Staat. Wer denn möchte tatsächlich glauben, Anhänglichkeit an den von diesen Gespenstern gepflegten großen Wahn von Gut und Böse würde ihm gelohnt werden? In der heutigen Welt hat die alte romantische Vorstellung keinen Platz mehr, TäterInnen könnten durch bereitwillige Annahme der ihnen vom Knast auferlegten Lebenshärten ihren Opfern gegenüber ihren ehrlichen Wunsch nach Wiedergutmachung bezeugen. Solche Versöhnungen kann es - wenn überhaupt - allein auf einer persönlichen Ebene geben, auf der von Täter und Opfer. „Volk“ und „die Gesellschaft“ kümmert all das einen feuchten Dreck, Tagesgespenster gehen keine menschlichen Vereinbarungen ein. Das ist spätestens nach der Haft zu sehen, wenn wir beim Amt oder einem möglichen Arbeitgeber auflaufen. Der brave Durchschnittsbürger draußen benötigt den Wahn von Gut und Böse, um seine zersplitterte Untertanenseele zusammen zu halten, ohne seine Sündenböcke käme Otto Normalo morgens wohl kaum aus dem Bett: Die Liebe des Untertanen für seinen Herr beruht auf der Zärtlichkeit des Stocks, und „die Bösen“ sollen ihn folglich doppelt zu schmecken bekommen.

Es gilt Lebenswirklichkeit Nummer 1: zwei Affen, eine Banane. Und wer nicht kämpfen mag, dem bleibt in der Regel bloß die Bananenschale. Es sei denn, Mutter Teresa hilft. Aber die ist tot. Was alles nicht heißen soll, es sei verwerflich, ohne Kampf an des leckere Fruchtfleisch zu wollen. Gefangenen mag es verlockend erscheinen, sich dem Knastregime anzupassen. Doch werden sie Lebenswirklichkeit Nummer 1 so nicht aushebeln können. Im Gegenteil verschärfen sie so ihr Problem nur, denn der Wahn der Gespenster lässt sich nicht erweichen, viel-

mehr sieht er sich bei Unterwerfung gestärkt. Die Welt von Arbeit & Kapital wird von Zahlen regiert, nicht von Menschen. Darum geht es im kapitalistischen Reich der Zahlen äußerst schlicht zu: Je mehr einer sich unterwirft, umso mehr Unterwerfung wird von ihm verlangt werden - bis sein Lebensmut gebrochen sein wird und er erneut zu Alkohol oder Droge greift. Dann wartet der Knast schon um die Ecke!

Klar, draußen ist der Wahnsinn noch drei Zähne schärfer als selbst in einem Hochsicherheitsknast - Und eben dies zeigt sich ja in deinen Debatten-Beiträgen. Da sind wir - Überraschung! - also einer Meinung. Stimmt, verglichen mit Draußen ist Knast gar nicht mal so schlimm. Verglichen mit dem Tod ist Krankheit eine tolle Sache. Das Wort erhält nun Friedrich Nietzsche: *NICHT Zufriedenheit, sondern mehr Macht; NICHT Friede überhaupt, sondern Krieg; NICHT Tugend, sondern Tüchtigkeit.* (aus: *Der Antichrist*).

Werner

## Gefangenenvertretung im Strafvollzug

Gesetzlich seit 1977 institutionalisiert ist in Deutschland die so genannte „Gefangenenvertretung“ (GV). Paragraph 160 Strafvollzugsgesetz bestimmt, dass den Gefangenen ermöglicht werden soll, an der „Verantwortung für Angelegenheiten von gemeinsamen Interesse teilzunehmen, die sich ihrer Eigenart und der Aufgabe der Anstalt nach für ihre Mitwirkung eignen.“

Anhand eigener Erfahrungen in der GV der Justizvollzugsanstalt Bruchsal möchte ich im Folgenden über Wirkungsfelder und Wirkungsmechanismen im Strafvollzug berichten.

### Gefangenenvertretung in Bruchsal

Die GV in Bruchsal besteht - bei Vollzähligkeit - aus neun Gefangenen, welche von den ca. 400 Insassen ein Mal im Jahr (*neu*) gewählt werden. Neben der regulären Arbeit der verschiedenen „Ausschüsse“ (*beispielsweise Küche, Soziales, Einkauf*) bietet die GV hier in Bruchsal ein Mal pro Monat Schreibwaren preisgünstig zum Verkauf an, führt Fototermine durch (*anstatt einen teuren externen Fotografen zu engagieren, macht die GV die Bilder*) und stellt bedürftigen Gefangenen, welche neu in die Anstalt kommen, Tabak und Kaffee (*leihweise*) zur Verfügung.

### Wahl 2009

Wiewohl mir FreundInnen und GenossInnen davon abrieten, zumindest jedoch skeptisch der Idee gegenüberstanden, stellte ich mich im Juli 2009 zur Wahl. Mangels Gegenkandidaten in jenem Hafthaus, in welchem ich einsitze, war die Wahl eine reine Formsache. Im Rahmen der anschließenden Aufgabenverteilung innerhalb der GV war ich dann für die „Protokollführung“ bei Sitzungen sowie den Ausschuss „Verwaltung“ (*der sich z. B. mit rechtlichen Fragestellungen zu befassen hatte*) zuständig.

### Wirkungsfelder in Bruchsal

Im Rahmen der schon erwähnten Sitzungen traf sich die GV in den letzten Monaten mehrmals mit dem Anstaltsleiter Thomas Müller, ein Mal mit dem Leiter der Gefängnisküche, mit Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP, welche die Anstalt besuchten, mit dem Geschäftsführer

der Firma Massak Logistik GmbH, welche die Gefangenen zweimal im Monat mit Nahrungs-, Körperpflege- und Genussmitteln versorgt. Auch mit dem Leiter der Wirtschaftsverwaltung, Herrn Holländer, traf sich die GV. In einzelnen Konfliktfällen zwischen Gefangenen und JVA wurden auch (*wenn dies der betreffende Mitgefangene wünschte*) gelegentlich Vertreter der GV hinzu gezogen.

### Substantielle Ergebnisse?

Handfeste Ergebnisse konnten kaum bis gar nicht erzielt werden. Einzig die GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg nahmen das Treffen mit der Insassenvertretung zum Anlass, die Verschlechterungen im Vollzugsalltag der JVA-Bruchsal in einer „kleinen Anfrage“ im Landtag zu thematisieren (*Drucksache 14/5673*).

Vom Anstaltskaufmann Werner Massak bekam die GV nur zu hören, weshalb er so teure Preise von den Gefangenen verlange (*eine Untersuchung welche die Anstalt selbst durchgeführt hatte, ergab, das 60% seiner Preise teurer sind als in Freiheit*) und er hieran auch nichts ändern werde. Der Leiter der Wirtschaftsverwaltung wirkte in den wenigen Treffen eher genervt davon, sich mit der GV befassen zu müssen; der Anstaltsleiter hingegen wortreich engagiert, wenn auch ohne greifbare Ergebnisse. Was uns auch zu den Wirkmechanismen führt.

### Wirkmechanismen in Bruchsal

In einer „totalen Institution“ wie der eines Gefängnisses, in der die Gefangenen nahezu vollständig dem Personal ausgeliefert sind, entstehen auch eigene Wirkmechanismen.

Der Deprivationsdruck führt zu Anpassungsmechanismen auf Seiten der Inhaftierten, der sich dann darin äußern kann, dass ein Mitglied der GV dem Anstaltsleiter vorschlug, einem Mitgefangenen, der Tauben füttert (*was zu viel Taubenkot unterhalb dessen Fenster führt*), doch einfach ein Lochgitter vor das Fenster zu montieren, dass also eigene (*bewusste oder unbewusste*) Bestrafungswünsche auf diese Weise artikuliert werden.

Fast in jeder Sitzung mit Vertretern der Anstalt wie auch des Anstaltskaufmanns waren Tendenzen der Disziplinierung zu spüren: Auf Fehler oder Missstände reagiert die Gegenseite vielfach nicht etwa mit einer Entschuldigung, sondern mit weiteren Restriktionen.

Dies sei an einem Beispiel der Firma Massak Logistik GmbH (*Litzendorf*) erläutert. Massak beliefert an die 50 Gefängnisse mit Waren des täglichen Bedarfs. In der JVA-Nürnberg bot er den Gefangenen auch warmen Leberkäse, Fleischkäse an. Als er eines Tages wegen sensorischer Auffälligkeiten des verkauften Produkts dort angezeigt wurde und ein Bußgeld zahlen musste, bestand seine Reaktion darin, den warmen Leberkäse komplett aus seinem dortigen Sortiment zu nehmen. Wer also auf seine Fehler hinweist, riskiert Konsequenzen, die dann in der Folge Auswirkungen auf alle Gefangene haben (*können*).

Selbst Meinungsäußerungen als Privatperson können Folgen zeitigen. Als ich Anfang Januar dieses Jahres als Privatperson in zwei Artikeln Äußerungen des Anstaltsleiters Thomas Müller kritisch thematisierte (*u. a. fand sich in seinem Weihnachtsgruß an die Gefangenen ein Zitat der „Boehsen Onkelz“*), sah er sich veranlasst,

auf Grund dieser „Heimtücke“ und „fehlender „Gesprächsbereitschaft“ seine Arbeit mit der Gesamt-GV zu ändern und empfahl der GV an, sie möge doch „intern“ einmal über „Gesprächskultur“ nachsinnen. Denn ein Insasse, der Mitglied der GV sei, habe die Pflicht, sich auch als Privatperson entsprechend zu verhalten, insbesondere ihn zu konsultieren, bevor man „heimtückisch“ Berichte publiziere.

Sinnigerweise bestand seine eigene „Gesprächskultur“ darin, die GV vor geplanten Verschärfungen im Vollzugsalltag im Vorfeld gar nicht und im Regelfall erst im Nachhinein zu informieren. Man erfährt dann durch einen Austausch am „schwarzen Brett“ von seinen neuesten Gedanken und Einfällen. (Zu diesem letzten Punkt, der den Autor zum ausscheiden aus der GV veranlasste, siehe auch dessen Text in Mauerfall 25)

### Ein Fazit

Knapp sechs Monate war ich Mitglied in der GV - und das war auch gut so, denn so habe ich selbst die Wirkmechanismen erlebt, die eine parteiiche Arbeit für die Gefangenen nahezu unmöglich machen, da die Gegenseite, mal mehr mal weniger subtil, mit weiteren Verschärfungen droht. Hier reichten oft Andeutungen seitens der JVA. Und eine GV, die nicht wirklich geschlossen agiert, steht sowieso auf verlorenem Posten.

In einem Gefängnis sind zudem die Reaktionsmöglichkeiten, die der Anstalt zur Verfügung stehen, um unbequemen GV-Mitgliedern das Leben schwer zu machen, recht vielfältig. So lange sich deren Kritik in engem Rahmen hält, schmückt sich eine Anstalt gerne mit der GV. Dokumentiert man doch große Toleranz, nämlich die Bereitschaft sich mit Verbrechern an einen Tisch zu setzen. Wird jedoch das zugemessene Maß an Kritik überschritten, wehrt sich die Anstalt recht nachhaltig. Letztlich ist die GV nicht gänzlich überflüssig, das soll nicht behauptet werden, aber wirkmächtig ist sie nicht ansatzweise.

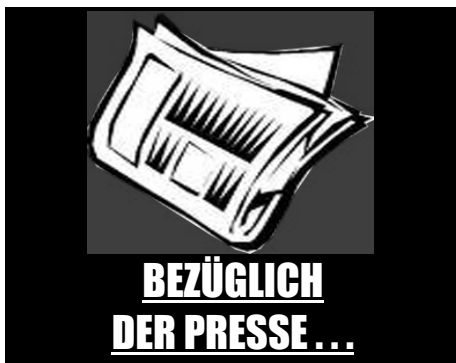
Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA-Bruchsal  
www.freedom-for-thomas.de  
aus: sonderausgabe der roten hilfe | 13

Obiger Text hätte auch in der Rubrik „KNAST-ALLTAG“ stehen können. Da aber im Mauerfall schon mehrmals über die Funktion und Wirksamkeit der Gefangenenvertretung diskutiert worden ist, ist hier ein sinnvoller Platz.

Außerdem - ich gebe es zu - erspart das so viel Gestaltungsarbeit und damit Zeit, ab wann der Rundbrief verschickt werden kann. Dieser Text wurde spät nachgereicht, als schon fast alle Seiten relativ ausgeglichen waren. Wäre nun noch ein Artikel auf die ersten Seiten gekommen, hätte sich der ganze „Bandwurm“ verschoben. Nichts Folgendes wäre mehr an seinem Platz und viel „Bastelei“ müßte von vorne beginnen.

Als wichtig erscheint aber an diesem Artikel, dass auf der Grundlage geschilderter konkreter Erfahrungen weiter überlegt und diskutiert werden könnte, was erreicht werden kann durch von der Institution angebotener Interessenvertretung, was durch Formen der Selbstorganisation. (Wobei letztere, da nicht vorgegeben, sehr unterschiedlich ausfallen können, mögliche Inhalte und Wege diskussions- und erprobungsbedürftig sind. Naja, klaro, nicht alles kann öffentlich diskutiert werden. Aber manches doch.)

Helga



... und Abdruck im Mauerfall

In der No.25 des Mauerfall ist auf S.23 ein Beitrag der Tageszeitung taz vom 30.12.09 nachgedruckt, in welchem es mit Blick auf die JVA Verden und das Jahr 2001 heißt: „Er (Werner Baeuner) habe seine 18 Monate U-Haft in einer 7,5 m<sup>2</sup>- Zelle mit einem persönlichkeitsgestörten Mithäftling verbringen müssen.“ Die taz bezieht sich auf ein Interview, welches Webradio Flora im vergangenen Jahr mit mir führte und in dem ich mich leider missverständlich ausgedrückt habe.

Tatsächlich hatte ich von der Verhaftung im Februar an bis zu den Gerichtsterminen im August etwa alle 3 Wochen einen anderen Mithäftling, doch war nur einer von denen persönlichkeitsgestört, das allerdings extrem: Jörg L. veranstaltete unablässigen Lärmterror durch explosiv lautes obszönes vor sich Hinreden und sehr lautes Abspielen von TV-Musiksendern. Er war faktisch von Sinnen und nicht zu beruhigen. Er wurde zu mir in die Zelle verlegt zu einer Zeit, während derer ich 4 gerichtspychiatrische Gutachtersitzungen hatte, und wurde kurz nach der letzten dieser Sitzungen auf einen anderen Haftraum verlegt.

Es wäre naiv, dies als Zufall abtun zu wollen. Offenbar sollte ich auf den Gutachter den Eindruck eines wirren, nicht den eines überlegt handelnden politischen Täters machen. Nicht sollte öffentlich werden, dass es da militanten Widerstand gegen arbeits- und sozialpolitische Zwangsmaßnahmen gegeben hatte. Dies umso mehr, als ich auch schon als noch in Freiheit befindlicher politischer Aktivist offensiv die jährlich 21 Milliarden Euro an öffentlichen Geldern angesprochen hatte, mit welchen sich eine mafiaartige Struktur aus Arbeitsagenturen und Trägerunternehmen damals bereicherte, indem sie Arbeitslose zwang, in nervtötend blödsinnigen „Weiterbildungen“, Trainingsmaßnahmen oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen heranzulungern. Was Arbeitslose erst so weit zu demoralisieren vermochte, sich unter den prekären Bedingungen eines von Arbeit & Kapital gemeinsam gewollten Niedriglohnssektors ausbeuten zu lassen. (Zu jenen mafiaartigen Strukturen siehe auch den „Stern“, Ausgabe 12/2002.) Zugleich dient diese Struktur der Fütterung des harten Personalalkerns von Sozialdemokratie und Gewerkschaften und schmiedet deren politische Machtmaschinerie für Kampagnen und Wahlkämpfe. Hier beispielhaft ist die Person Stefan Schostok in der aktuellen niedersächsischen SPD.

Auf einer doppelt belegten Zelle war ich die ersten 9 von insgesamt 18 Monaten U-Haft. Mit Ausnahme des Jörg L. waren meine damaligen Zellengenossen allesamt passabel. Hatten wir uns erst ein wenig aneinander gewöhnt, kam al-

lerdings bereits wieder ein nächster, was sehr anstrengend gewesen ist.

Eine nun letzte Info soll das Bild abrunden: Mein damaliger Verteidiger ist Neffe eines Bundestagsabgeordneten, des Joachim Stüncker von der SPD (*Sklaverei Partei Deutschlands*). Das habe ich leider erst erfahren, als die Anklageschrift bereits vorlag und ein Verteidigungswechsel mithin keinen Einfluss auf den Gang des gerichtlichen Verfahrens hätte nehmen können. RA Brennecke hatte mich kurz nach meiner Verhaftung in der U-Haft aufgesucht, um mich als Mandanten zu gewinnen. Wie ist die Welt doch klein!

### Der Kampf geht weiter, Holger!

(Rudi Dutschke am Grab von Holger Meins)

Werner

## ... UND AUS DER PRESSE

### Wachmann im Kreißsaal

#### Skandal um Umgang mit schwangeren Gefangenen in NRW weitet sich aus

DÜSSELDORF. Das Justizministerium von Nordrhein-Westfalen ist schon vor Monaten von einer Gefangenen auf die unwürdige Behandlung von inhaftierten Schwangeren hingewiesen worden. Das bestätigte das Ministerium gestern der Frankfurter Rundschau, die den Skandal aufgedeckt hatte. Anderthalb Wochen vor der Landtagswahl wächst damit der Druck auf die verantwortliche Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter. Die CDU-Politikerin, die ohnehin durch zahlreiche Skandale in ihrem Ressort angeschlagen ist, hatte noch kurz zuvor erklärt, sie habe von den Missständen keine Kenntnis. Dies erklärte ein Sprecher des Ministeriums am Abend damit, dass der zehnteilige Beschwerdebrief seinerzeit der entsprechenden Fachabteilung und nicht der Ministerin zugegangen sei.

Die Beschwerde der Gefangenen, deren Namen die Frankfurter Rundschau mit Katharina A. angibt, datiert dem Ministerium zufolge vom 1. November 2009. Nach Angaben der Zeitung beschwerte sich die Gefangene aus dem Frauengefängnis Willich II bei der Anstaltsleitung sowie beim Justizministerium darüber, dass bei der Geburt ihres jüngsten Kindes im August 2009 ein männlicher JVA-Beamter anwesend gewesen sei. Außerdem sei sie unmittelbar nach der Entbindung im Kreißsaal mit Handschellen ans Bettgestell gefesselt worden.

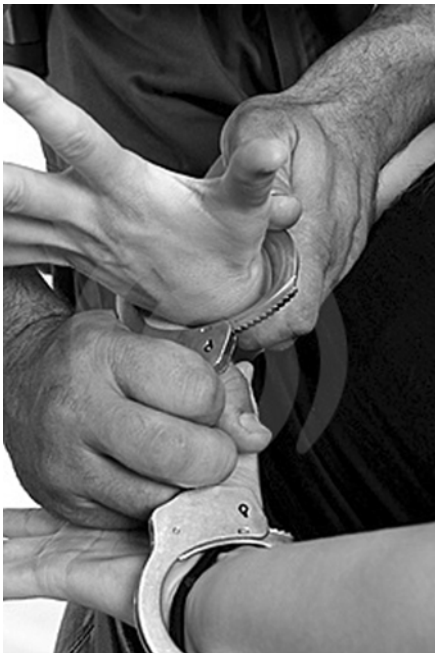
Justizministerin Müller-Piepenkötter hatte nur Stunden zuvor versichert: „Es hat nach den mir vorliegenden Berichten keine einzige Entbindung gegeben, bei der die Gefangene gefesselt gewesen ist. Bei frauenärztlichen Untersuchungen der weiblichen Gefangenen waren und sind keine männlichen JVA-Bediensteten anwesend.“ Die Willicher Anstaltsleitung hingegen bestätigt die Vorwürfe der Gefangenen A. zumindest in Teilen. Dieter Paulus, Verwaltungsleiter des Frauengefängnisses, versichert aber, der männliche JVA-Beamte habe beim Geburtsvorgang „nichts sehen, sondern nur etwas hören können“. Der Mann habe hinter einem Vorhang gestanden. Gegen ein Uhr nachts habe die Gefangene „komplikationslos“ ihr Kind geboren, am nächsten Vormittag sei sie wieder im

Gefängnis gewesen. Das Kind aber sei ihr unmittelbar nach der Geburt weggenommen worden. Zu welchem Zeitpunkt A. genau gefesselt wurde, kann Paulus nicht sagen. "Sicherlich aber erst nach den Reinigungsvorgängen."

Allerdings scheint der Ablauf im Kreißsaal auch nach Ansicht der Gefängnisleitung nicht rechtmäßig gewesen zu sein. Die zuständige Abteilungsleiterin hat sich laut A. Monate später bei ihr entschuldigt.

Der Umgang mit der Gefangenen und mehrfachen Mutter A. ist kein Einzelfall. Der Sozialdienst katholischer Frauen hatte von weiteren Fällen berichtet, in denen Frauen während der Entbindung gefesselt wurden. "Gerade Mütter leben oft in menschenunwürdigen Zuständen", sagt Frank Sichau, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag. Sie säßen immer am kürzeren Hebel: "Häufig können sie sich nicht auf die Zeugen verlassen, weil diese selbst auf Halfterleichterungen hoffen und sich plötzlich nicht mehr erinnern können."

Er will den Fall von A. im Petitionsausschuss ansprechen. "Diese Frau muss in den offenen Vollzug verlegt werden und braucht psychologi-



sche Hilfe", so Sichau. A. habe schon zwei ihrer insgesamt sieben Kinder verloren und sei stark traumatisiert.

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, wertet den Umgang mit schwangeren Strafgefangenen in NRW als schweren Verstoß gegen die Grundrechte. Wenn Schwangere in Handschellen einem Arzt zugeführt würden oder gar gefesselt entbinden müssten, sei das "mit einer ärztlichen Situation nicht in Einklang zu bringen". Inakzeptabel sei auch die Anwesenheit von Beamten im Behandlungszimmer. Vertrauliche Patientengespräche würden auf diese Weise unmöglich.

"Einen Rest von menschlicher Würde muss man auch einer Strafgefangenen zugestehen." F. U. Montgomery, Ärztekammer

Annika Joeres, Jörg Schindler  
berlinonline.de/berliner-zeitung/./2010/0429

## DIES UND DAS



Leserbrief..

... als Diskussion

### Was mir auffällt:

Hallo Michel, sage ich jetzt einfach mal. Ich lese den Mauerfall ziemlich interessiert, wenn auch meistens nichts sehr aktuell, da mir die Ausgaben von meinem Brieffreund Maik aus Sehnde zugesandt werden und da kommt es dann schon mal zu Verzögerungen. Diesmal möchte ich auch was dazu sagen. (...)

Zu meiner Person: Ich bin 39 Jahre alt, verheiratet, ein Kind und arbeite seit fast 7 Jahren als „Ehrenamtliche“ in der JVA Weiden/Opf., spricht Bayern.

Deswegen möchte ich gleich etwas zu dem Thema sagen, das im MF Nr. 23 behandelt wurde. „Gefangene sind Lumpen“. Zum einen kann ich bestätigen, dass der Ausdruck in Bayern tatsächlich eine übliche Bezeichnung ist. Sie ist auch nicht zwingend beleidigend gemeint. Das kann man schlecht einem „Nicht-Bayern“ erklären, aber ich will es versuchen. Wenn das Personal im Knast die gefangenen im Laufe einer Erzählung als „Lumpen“ bezeichnet, dann ist das nichts anderes, als wenn sie z.B. „Spitzbuben“ genannt worden wären. Wenn ich zu jemandem sagen würde, „du bist vielleicht ein Lump“, dann kann das sogar höchst anerkennend oder wertschätzend aufgrund irgendeiner Haltung durch denselben sein. Und diese Handlung kann völlig banal sein. Z.B. erzählt mir jemand, dass er irgendetwas zu einem Schnäppchenpreis erworben hat, weil er „raffiniertweise“ zur richtigen Zeit am richtigen Ort war. Das wäre dann ein Anlass zu ihm zu sagen: „Na, du bist vielleicht ein Lump!“ Eins besseres Beispiel fällt mir leider nicht ein. Einen Gefangenen als Lumpen zu bezeichnen ist meiner Meinung nach also nicht generell abwertend oder böse gemeint. Lässt sich vergleichen mit der Tatsache, dass man unter Freunden auch durchaus mal als „Depp“ titulierte werden kann, ohne dass derjenige im Traum darauf käme, darüber sauer zu sein.

Wie gesagt, es ist Umgangssprache und oft eher als „Kompliment“ gemeint, als dass es eine Beschimpfung wäre. WIR sind halt so und ich erwarte nicht, dass das jetzt jeder oder einer versteht! Da werde ich auch nicht eines besseren belehrt, weil der Erwin Adamczyk aus der JVA Bochum meint, dass es schon deswegen eine Beleidigung sein müsste, weil „schon beim Reichsgerichtshof Gefangene als Lumpen“ bezeichnet wurden oder „Widerstandskämpfer und Attentäter gegen Hitler vor einem Blutrich-

ter a.D. als ‚verkommene Lumpen‘.“ Man kann schon haarsträubende Vergleiche ausgraben, wenn man will!

Selbst wenn es sich bei dem vorliegenden Fall nicht gleich um einen „wertschätzenden“ Ausdruck gehandelt haben wird, so war er sicher auch nicht gleich beleidigend gemeint. Diese Person hätte ebenso „Knackis“ sagen können und da wäre auch keiner gleich klagen gerannt!

Wenn ich dann lese „Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Beleidigung“, dann muss ich schon den Kopf schütteln, aus welchen nichtigen Gründen im Knast geklagt wird. Auch einer, der eine solche Bezeichnung als Schimpfwort versteht, und selbst wenn es eins wäre, dann ist es doch auf jeden Fall in eine harmlose Art einzustufen und da brauche ich nicht aus Bayern zu kommen, um so zu denken.

**Das ist es, was mir auch generell im MF auffällt. Mein Eindruck ist es, dass wie die Nadel im Heuhaufen nach Dingen gesucht wird, um nur ja Klage einreichen zu können.** Ich sage nicht, dass man sich alles gefallen lassen muss und streite keinesfalls ab, dass seitens diverser Anstalten nicht des öfteren gewisse „Psychospielchen“ stattfinden, doch solche sind auch auf Gefangenseite nicht fremd, denke ich. Viele Klagen sind berechtigt, vielleicht auch die meisten, ich weiß es nicht aber mir kommt es so vor, als lese ich unter fast jedem Beitrag abschließend „eine Klage läuft bereits“.

Da wundert es mich dann nicht, wenn sich mit den einzelnen Klagen nicht zur Zufriedenheit aller befasst wird, denn es sind einfach zu viele dabei, die das Papier nicht wert sind und nicht nur mir vorkommen werden wie die reine Lust am „Einspruch“ erheben. Ich glaube, mit solchen „Nummern“ wird der Fokus abgelenkt von den wirklich wichtigen Dingen, die ihr durchsetzen wollt, oder gegen die ihr euch berechtigterweise wehren wollt. Wenn ich dann solche Schlagworte wie „Der Kampf geht weiter, ... nicht sie bestimmen, wie und wann wir leben und sterben, nämlich kämpfende“ (Marco Camenisch), „Kerkermeister“..(diese Bezeichnung ähnelt für mich eher einer Beleidigung als „Lump“ wenn überhaupt...), dann frage ich mich, ob manche noch wissen, gegen was sie eigentlich sind? (Layoutanmerkung: „Kerkermeister“ nennt sich eine Motorradgang „Justizvollzugsbeamter“ SELBST!) Oder ist das egal, Hauptsache DAGEGEN? So kommt es mir manchmal durchaus vor!

Mir ist klar, dass ich jetzt den Unmut vieler Leser auf mich ziehe, aber da stehe ich drüber! Ich bin nicht „auf der anderen Seite“, sonst würde ich meinen Job nicht bereits so lange machen, für den ich übrigens keinen Cent sehe. Aber ich will mal aufzeigen, wie so was bei jemandem ankommt, der als relativ neutrale, ausstehende (im wahrsten Sinn des Wortes) Person fungiert.

Und wenn ich dann noch von einem Gerhard vom AKP lese, der 10 Jahre Knast hinter sich hat, „davon 4 Jahre wegen irgendwelchem Scheiß, 9 Monate Jugendknast wegen 5 Gramm Shit und ähnlichen Kinkerlitzchen, bei denen mensch sich fragt, wie bekloppt die denn sein müssen, einen dafür einzusperren“ ... Hm, wenn das die echte Meinung des Verfassers ist, dann müsste er mir im Gegenzug ja auch zustimmen, wenn ich sage: Wie bekloppt muss

mensch sein, wegen irgendwelcher Kinkerlitzchen fortwährend eine Klage anzustrengen? Ganz abgesehen davon können es keine Kinkerlitzchen gewesen sein, wenn man dafür in den Knast wandert.

freiheit  
braucht  
keine knäste



Nächstes Thema: Abschaffung aller Knäste! Da stimme ich voll und ganz dem Markus Dickhoff (*lv.I-Vertreter aus Werl*) zu. Was soll dabei herauskommen? Und es stimmt. Es mag Leute geben, die im Knast wirklich nichts zu suchen haben, aber genauso die, die rein gehören und nie wieder raus dürfen! Am Ende schreibt Markus „*Love and Peace*“. Ist doch mal was ganz anderes als „*In kämpferischer Solidarität*“. Oder?

Da muss ich auch gleich noch Pit Scherzl erwähnen, der im MF 24 von Bodo Schulz zitiert wurde: „*wer sich im Hier und jetzt einfach hinstellt und lediglich mit Schlagworten pauschal die Abschaffung aller Knäste fordert, der wird vom Gros der Bevölkerung erst mal nicht ernst genommen, sondern als Spinner abgetan.*“

Genauso ist es! Wenn man so was hört, ist man automatisch eher abgeneigt, sich noch andere etwaige Forderungen anzuhören, die dann am Ende vielleicht auch noch realistisch und nachvollziehbar auf die Öffentlichkeit wirken könnten. Bloß hört dann schon keiner mehr hin!

So, und zu guter Letzt, (*etwas parteiisch*) eine Anmerkung zur „anderen Sicht auf die „Zwangsarbeit“ im MF 23 von Maik aus Sehnde. So was liest man doch selten in Eurem Blatt! Eine Sichtweise, die sich von den meisten anderen unterscheidet. Ich möchte hier gar nicht näher auf das Thema an sich eingehen, aber hervorheben, was ich sonst nie irgendwo finde. Nämlich, dass einer Sache auch mal positive Seiten abgewonnen werden können!

Es gibt so viele Möglichkeiten, sich in vielen Haftanstalten fortzubilden, Chancen zu nutzen, die man „draußen“ in aller Regel gar nicht bekommen würde.

Maik schreibt zur Argumentation des geringen Verdienstes in Haft, „*dass nicht vergessen werden soll, dass hier eine Strafe vollzogen wird.*“ Und die Kosten, die jeder einzelne Haftplatz ausmacht, werden anscheinend auch immer wieder gerne vergessen!

Darauf kommt dann eine Reaktion von Thomas Meyer-Falk, dass ihn das Argument von Maik, dass die geringe Entlohnung auch Bestandteil der Strafe sei, nicht überzeuge. ICH finde, dass Maik das nicht so gemeint haben kann! Er

schreibt lediglich, dass „*nicht vergessen werden soll, dass hier eine Strafe vollzogen wird*“, wodurch man den Verdienst meiner Meinung nach schon nicht an draußen messen darf und kann. „*Arbeit heißt nicht nur knechten, sondern auch Beschäftigung*“. Ich selber kenne nur Leute im Knast, die sehr froh sind, dass sie arbeiten „dürfen“, dass sie Arbeit bekommen haben, weil für sie nichts schlimmer ist, als zig Stunden jeden Tag alleine auf Zelle zu hocken!

Die zweite Reaktion auf Maiks Beitrag kommt von Werner Braeuner, der sogleich mit Richtlinien, Gesetzen und Paragraphen aufwartet, die beweisen, dass Zwang zur Arbeit überhaupt nicht erlaubt ist! Das war aber doch gar nicht die Frage, oder? Das erscheint mir als übliche Reaktion. Es wird zur Beleuchtung des Themas aufgefordert und daraufhin werden Bundesgesetze aus dem Jahre 1956 mit Nummern und Daten zitiert, das doch irgendwie an der eigentlichen Fragestellung vorbei geht. Hauptsache, man weiß, was in den Gesetzen verankert ist. Davon kann sich allerdings hinterher keiner den Lebensunterhalt draußen finanzieren!

Nach Werners Beschreibung wäre ICH also ein „Untertan“. Nun, ich gehöre zur von Werner beschriebenen Minderheit, denn ich sehe meine Arbeit, meinen Beruf nicht als Zwangsarbeit. Ich mache ihn gerne, obwohl dieser nicht besonders qualifiziert ist. Aber es ist eine wichtige Sache für mich, erstens um meinen Lebensunterhalt sicher zu stellen, zweitens um meine Selbstachtung wahren zu können und drittens, um nicht Zuhause durch Untätigkeit stumpfsinnig zu werden. Ich arbeite gerne und freiwillig, von mir auch auch, wenn ich dadurch als „Untertan“ gelten sollte. (....)

Liebe Grüße

Michaela

## Aus dem „wahren Leben“

### Viele Aktionen zum „Dezemberstreik“

*Ihr erinnert Euch sicher daran, dass anarchistische Gefangene aus verschiedenen Ländern, ja sogar Kontinenten am letzten Jahresende zu einem befristeten Hungerstreik zusammengeschlossen hatten. Marco Camenisch hat zahlreiche Übersetzungen gemacht und eine Textsammlung dazu zusammengestellt, was damals als Unterstützung draußen gelautet ist und an Diskussion drum herum. Daraus stammt auch der weiter vorne aufgeführte Beitrag von Gabriel Pombo da Silva. (Wir fanden, dass er da zur Auseinandersetzung mit Erwin und mittelbar Finni passt.)*

*Gerade weil ich Fragezeichen geäußert hatte, ob der sich speziell an die „anarchistische Familie“ wendende Aufruf zum Dezemberstreik im Mauerfall am richtigen Platz gewesen sei, ist durchaus zu betonen, dass Anarchist/inn/en vielfältig reagiert haben, dass die drinnen und draußen Beteiligten sich und den weltweiten Herrschaftsstrukturen ihren Zusammenhalt und ihre Entschiedenheit gezeigt haben. Diesbezüglich ist das sicher als Erfolg zu werten, auch wenn Marco in einem Vorspann davor warnt, das allzu euphorisch einzuschätzen. Die Textsammlung ist sehr umfangreich und kann*

*hier nicht dokumentiert werden. Wer von Euch Interesse daran hat, kann sie bei uns bestellen. /hb.*

**N**a ja, ganz so aktuell ist der nachfolgende Anlass nun auch wieder nicht mehr. Genau so wenig wie der „Dezemberstreik“ bzw. die diesen begleitenden Aktionen. Entschuldigung, wenn ich das jetzt vergleiche. Das sind natürlich „Ereignisse“ auf ganz unterschiedlichen „Ebenen“. Gemeint ist nur die Zeitverzögerung. Und die liegt an unseren Strukturen. Geschrieben wurde nachfolgender Text im Januar. Doch der nächste Anlass kommt bestimmt.

## Aus aktuellem Anlass

oder

**Das war es dann ja wohl gewesen...**

Wem beim letzten Weihnachten nicht so recht feierlich zumute war, da der Weihnachtsmann nicht vorbei gekommen war, dem sei hiermit erklärt, das dies seinen guten rechtlichen Grund hatte.

Wie gerade aus gut informierten Stellen zu erfahren ist, ist der Weihnachtsmann am heiligen Abend schon kurz vor Hamburg in eine allgemeine Verkehrskontrolle geraten.

Und da er nicht genug Geld dabei hatte, sich nicht ordnungsgemäß ausweisen und auch nur gebrochen deutsch sprechen konnte, wie: „*frohes aber feste.. hoho..*“, wurde er erstmal mit zur Waage genommen. Von hier ging es dann aber zügig mit dem entsprechenden Haftbefehl, wegen illegaler Einreise, Vagabundieren, Fahren ohne Fahrerlaubnis pp. ins nahe gelegene Gefängnis. Seine Identifizierung hatte so lange gedauert, da man ihn für ein besseres Identifizierungsfoto rasiert hatte, so das man heute noch kaum glauben mag, dass er der is, der er is.

Ein genauer Abschiebetermin liegt noch nicht vor, da die Staatsangehörigkeit des Weihnachtsmannes noch nicht genau geklärt ist. Damit ist es auch mit seinem Erscheinen am nächsten Fest mehr als unwahrscheinlich. Zumal er auch zunächst mit einem allgemeinen Einreiseverbot über mehrere Jahre rechnen muss und wohl auch menschlich verständlich sein dürfte, das ihm auch die Lust hieran erstmal vergangen sein dürfte, mal wieder nach Deutschland kommen zu wollen.

**ps.:** Wie wir gerade noch erfuhren, sind die Rentiere des Weihnachtsmannes, kurz nach seiner Inhaftierung, zu einem Schlachter verbracht worden. Und ohne seine Leitrentier Rudolf dürfte ein wieder Erscheinen noch unwahrscheinlicher werden. (01/10) Finni



## Gehirnjogging

Schon seit Jahren fuhr Kalle mit dem Bus so hin und her. Aber nicht so kreuz und quer durch die Gegend und Landschaften, sondern von Berufswegen immer die gleiche Strecke, so über ein paar Dörfer, hin zur nächsten Stadt und wieder zurück. Und das zigfach jeden Tag, außer an denen, wo er frei oder Urlaub hat. Daher kannte er echt nicht nur jede Kurve und Gerade, jeden Baum, jedes Haus und jede Milchkanne, sondern auch jeden Fahrgast mehr oder weniger persönlich. Denn es passierte ja mehr als selten, dass da wer Neues an der Haltestelle steht und gar zu steigt.

So kam Kalle die neue Verordnung gerade recht, dass alle Einsteigenden dies zwecks Fahrkartenkontrolle nur noch durch die vordere Tür bei ihm tun müssten, nicht wegen dem mehr an zwischenmenschlichen Kontakten und Auseinandersetzungen, sondern so konnte er besser mit zählen. Denn es war doch gerade voll IN solch Gehirntraining zu machen, und da wollte er ja mitreden können. Er zählte schon von der ersten Haltestelle genau mit, plus dann denen die an der nächsten zusteigen, was ja noch einfach war, da hier noch keiner wieder ausstieg. Was ja auch keinen Sinn gemacht hätte, denn die paar hundert Meter konnte jeder schneller zu Fuß gehen, als da so lange auf den Bus zu warten. Und so hätte er auch das Geld gespart, was ja heute auch wieder ein wichtiges Thema ist.

An der nächsten Haltestelle hatte er es auch noch so einfach. Aber dann gab es auch schon den ersten Aussteiger, so ne Öko-Socke auf dem Weg zu seinem Job im Finanzamt. Jedenfalls durfte er den nicht vergessen wieder ab zu ziehen. Dafür kam und ging an der nächsten Haltestelle keine. Aber dann, dann wurden all seine Augen, Nerven und Mathe-Künste gefordert, wie zu besten Schulzeiten. Denn an der nächsten Haltestelle traf er auf einen anderen Bus. Also nicht so direkt, aber eben so nebeneinander parkend, damit manche zu einer anderen Strecke umsteigen konnten. Und das taten erfahrungsgemäß einig, so dass er schon überlegte die Fahrgäste auf zu fordern, dies doch bitte langsam zu tun. Das war dann Stress, weil er da ja nicht lange herumstehen konnte. Es musste ja auch weiter gehen. Er hatte ja auch seine Abfahrtszeiten, und die wurden auch immer enger. Obwohl die Strecke nicht kürzer wurde und der Tag immer noch 24 Stunden hat. Aber es gibt so vieles da fragt man nicht nach, sondern tut es einfach.

So könnte ich dich ja jetzt auch fragen: Na! Wie viele Haltestellen hatten wir denn bis jetzt? Aber keine Sorge, ich tue es nicht. Ich will doch keine peinliche Stimmung erzeugen, obwohl es schon interessant wäre, eben so mal zu testen ob du dies genau liest, wenn überhaupt.

Also machen wir hier weiter, denn Kalle ist ja sicher auch schon weiter gefahren, von Haltestelle zu Haltestelle. Und so wird er auch irgendwann zum Ende kommen, den Bus auf seinen Platz stellen und nach Hause gehen. Zufrieden, dass seine Rechnung aufgegangen ist.

Und wenn nicht? Dann konnte es ja glatt passieren, wie letztens, dass er so in tiefer Nacht aus dem Schlaf geklingelt wird. Er war sofort blitzschnell wach, denn der Mann am anderen Ende schrie sehr laut. Trotzdem konnte Kalle

ihn und sein Problem nicht gleich verstehen, eben weil die Worte sich überschlugen und das noch in nem Dialekt. So dauerte es eben, dass er kapierte, dass es Opa Heinemann war, der gerade in seinem Bus wach geworden war, und nun nicht wieder heraus konnte. Was er auch irgendwie gar nicht wollte, sondern dass Kalle ihn nach Hause fährt.

Da fiel es selbst Kalle schwer ihm klar zu machen, dass auch er sich an die Abfahrtszeiten halten müsse, so wie an alle anderen Vorschriften auch. Und auch wenn er über pünktlich zum Dienst käme, wenn er gedacht hätte, dass Opa Heinemann dann verständnisvoller wäre als noch am Telefon, dann hätte er sich gleich wieder verrechnet. Aber es musste dann ja auch irgendwie so weiter gehen, was es irgendwie dann ja auch tat. (02/10)

Finni

## Aktionstag gegen Knäste

Am 19. Juni 2010 sollen es im deutschsprachigen Raum einen Aktionstag geben, welcher möglichst viele Formen der Ausgrenzung, Inhaftierung, des Wegsperrens und die Folgen davon (*Isolation, Vereinzelung, usw.*) thematisieren sollte. Angesprochen fühlen mögen sich alle, die ihren Beitrag leisten wollen, nicht nur diejenigen, die eh schon gegen Knäste, Abschiebelager und die tagtäglich massiver auftretende soziale Kontrolle kämpfen. Ziel soll es sein, das Thema Strafen und Einsperrung wieder in den Blickpunkt zu stellen. Natürlich ohne den Blick auf die Perspektive zu verlieren, die Perspektive nach einem anderen Leben, frei von Unterdrückung, Ausbeutung und frei von allen Herrschaftsformen.

## Knäste zu Baulücken! Schließer zu Gärtnern!

### Aufruf zum Aktionstag, 19.06.2010 gegen eine geknastete Gesellschaft

Weltweit sitzen Millionen Menschen hinter Gittern. Die meisten werden weggesperrt wegen Eigentumsdelikten (z.B. *Diebstahl, auch im Zusammenhang mit Suchterkrankungen*), aus politischen Gründen oder weil sie auf Grund ihrer Herkunft illegalisiert werden. Knast bedeutet körperliches und seelisches Ausgeliefertsein, einmal durch die Willkür der Wärter, teilweise auch die Übergriffe anderer Inhaftierter und zum anderen durch das bloße Weggesperrtsein, die Enteignung der Lebensgestaltung durch die totale Institution.

Viele sehen den Knast nur als ein Gebäude aus Stahl und Beton, aber er ist ein Realität gewordener Traum von Autorität und Macht. Eine Form, eine Strategie der Machterhaltung und

Machtentfaltung, die unsere gesamte Gesellschaft durchzieht. Wie es ist, wenn der Kopf gegen die Zellentür knallt und es kein Rauskommen mehr gibt, wissen nur die, die „Drinnen“ sitzen. Aber auch hier „Draußen“ können wir die Versatzstücke einer Knastideologie erkennen.

Die Lebensbedingungen innerhalb wie außerhalb der Knäste ähneln sich immer mehr. Wir werden tagtäglich überwacht, fordern diese Überwachung mehr oder weniger selbst ein oder akzeptieren sie stillschweigend. Konflikte werden nicht offen ausgetragen. Die Drohung mit Anwälten und Behörden scheint bequemer, der Griff zum Hörer, um die Bullen zu rufen, geht schneller. Die Einschränkung der Selbstbestimmung wird kaum noch hinterfragt.



Ebenfalls geben wir uns tagtäglich der staatlichen Kontrolle hin, und sei es nur durch die Offenlegung unseres privaten Lebens für das Arbeitsamt. Dieser staatlichen Kontrolle sind wir schon in der Schule ausgesetzt, allein schon die „Kopfnoten“ dienen der Disziplinierung. Milieus, welche draußen bestehen, werden im Knast reproduziert und verfestigt. Daraus ergibt sich wiederum eine bessere Überwachbarkeit.

Die Medien tun ihr Übriges dazu. Sie tragen zur Übersättigung und Überforderung der breiten Masse nicht unwesentlich bei. Der „normale Bürger“ soll den ganzen Tag seinen Aufgaben nachhaken. Und wenn er geschafft nach Hause kommt, übermittelt ihm das meinungsmachende Fernsehen, welche „asoziale Pack“ jene sind, welche sich diesem System nicht beugen. Es wird nicht die Situation hinterfragt, in der sich diese befinden.

Und wenn wir uns zur Wehr setzen und unsere freiheitlichen Rechte einfordern, werden wir und unser Tun kriminalisiert. Schon kleinste Aktionen, welche vom Gehorsam abweichen, werden strafrechtlich verfolgt. Was uns vom Knast trennt, sind lediglich die Mauern. Aus diesem

Grunde gilt es, an den Mauern, den herrschenden Strukturen zu rütteln.

*Die Initiativgruppen  
abc, aufbruch, akp*



### **Vorletzte Worte...**

Ganz so „schnell“ wie vorgesehen ist der Mauerfall jetzt doch nicht fertig. Und das ist ein wildes Durcheinander, das letzte Kapitel „Dies und das“. Oder auch das noch untergeordnete Sammelbecken „Aus dem wahren Leben“. Halt der Rest, die Texte, die sich vorher nicht so eindeutig einordnen ließen.

„Aus dem wahren Leben“ hat die Gemeinsamkeit, dass die „Tatorte“ weitgehend „draußen“ angesiedelt sind. Egal, ob es sich nun um Satire, Filmkritik oder Pläne der Anti-Knast-Gruppen handelt. Klar hätte letzteres auch unter „Knastkampf“ stehen können. Aber beim Layout habe ich entschieden, darunter diesmal nur den Kampf von drinnen anzusiedeln. Die Aktionspläne mit dem „Anti“ davor habe ich hier an den Schluss gesetzt.

Michel hatte in der letzten Nummer angekündigt, wir würden noch von einem Knastgruppen-treffen berichten, das im März stattgefunden hat. Und jetzt soll ich das doch bitte machen. So sehr viel ist dazu nicht zu sagen. Die versammelten 8 (oder mehr) Tendenzen aus 7 verschiedenen Orten des deutschsprachigen Raums gehören zwar alle zu den Aktiven, die Gesellschaft ohne Herrschaft und Knäste als Ziel haben, setzen aber in ihrer Praxis und mit ihren Schwerpunkten unterschiedlich an. Wir haben ein loses Informationsnetz ohne Diskussion - letzteres wird von einigen bedauert - und wenn wir uns dann einmal im Jahr zwecks Diskussion und eventueller Aktionskoordination treffen, klappt das auch nicht so aus dem Stehgreif.

Das war im September letzten Jahres beim Anti-Knast-Aktionstag mit den Kundgebungen in Aachen und Rheinbach deutlich geworden. Daraus entstand das Vorhaben, sich zu konzentrierterem Austausch ein halbes Jahr später ohne "Action" und ohne lokal mobilisierte Sympathisant/innen zu treffen. Wir brauchten aber dann doch wieder vergleichsweise viel Zeit für kommunikationstechnische Fragen bzw. klopfen ab, was wir überhaupt von einander erwarten können bzw. wie weit ein gemeinsames Selbstverständnis reicht.

Das Fassbarste war dann der Vorschlag, gemeinsam - aber diesmal an den verschiedenen Orten - einen Anti-Knast-Aktionstag stattfinden zu lassen..Die Zwischenprodukte für gemeinsame Werbung dafür sind ja jetzt hier voran gestellt. Als mögliches gemeinsames Thema war zunächst "Sicherungsverwahrung" angeboten worden. Dieses fand aber nicht die allgemeine

Zustimmung. Unter anderem mit Bezug auf ein eingebrachtes Diskussionspapier, das zu Bedenken gab, wir müssten die noch wenig politisierten Menschen und auch die aktiven anderer Bewegungen bei ihren eigenen Betroffenheiten abholen, Zusammenhänge schaffen zwischen den Sanktionen und Ausgrenzungen, wie sie draußen zuhauf ablaufen, und der Sanktion und Ausgrenzung durch Knast. Andre stellten in Frage, ob wir überhaupt „missionieren“ wollen. Wir sollten tun, was uns wichtig erscheint, weil es uns wichtig erscheint. Letztendlich haben wir uns darauf geeinigt, dass wir einen Termin, einen allgemeinen Aufruf und ein Plakat gemeinsam haben (siehe weiter vorne), dass aber konkrete Schwerpunkte jeweils an den unterschiedlichen Orten gesetzt werden. Der vorgesehene Termin ist also der 19. Juni.

Wir Kölner/innen denken daran, eine Kundgebung gegen den ersten NRW-Privatknast zu machen. Ob wir über unsere kleinen Gruppen hinaus Teile der "Szene", der sozialen Bewegungen dafür gewinnen können, bleibt abzuwarten. In wenigen Tagen werden wir das Thema in einem Kölner Plenum für Soziale Kämpfe einbringen. Und natürlich sind Gefangene eingeladen, sich am Aktionstag mit Redebeiträgen zu beteiligen. Besonders solche, die schon unerwünschte Erfahrung mit (teil)privatisierten Knästen haben. Leider ist für Euch Teilnahme nur durch einen schriftlich fixierten Text, der dann von uns verlesen wird, möglich. Außer für diejenigen, die dann schon draußen sind. (Wobei wir solchen, denen bis dahin die Flucht gelingen sollte, nicht raten, an einem offiziellen Anti-Knast-Tag teilzunehmen. :-)) Für die wäre sowieso jeder Tag ein konkret zu lebender Anti-Knast-Tag. )

Für September/Okttober wird von den miteinander vernetzten Gruppen wieder ein öffentliches Anti-Knast-Wochenende mit verschiedenen Unterthemen angestrebt. Der Veranstaltungsort liegt noch nicht fest. In Berlin und Köln wird noch ausgelotet, ob die dortigen Kräfte die praktische Organisation übernehmen können. Inhaltlich soll das es natürlich ein gemeinsames Programm werden. Vorschläge dazu sind auch von Gegangenen erwünscht. /hb



### **Pyranha - Für ein Autonomes Zentrum!!**



Am 16. April 2010 wurde in Köln-Kalk eine seit langem leer stehende Kantine der Deutz-AG besetzt, um dort einen Raum für unkommerzielle Kunst und Kultur zu schaffen sowie einen Ort zum Treffen, Organisieren, Diskutieren, Lachen und Tanzen. Ein Ort, an dem kollektive Strukturen erfahren und gelebt werden können.

In den ersten beiden Tagen der Besetzung wurde das Haus gereinigt und die Infrastruktur wieder zum laufen gebracht. Neben den Instandsetzungsarbeiten wurden auch schon verschiedenste Workshops durchgeführt und wurde versucht, auf die neue Nachbarschaft zuzugehen, die weitestgehend positiv auf die neue Nutzung reagierte.

Für die nächste Zeit ist eine Bau- und Kreativ-Woche angesetzt, um das Haus für ein Autonomes Zentrum nutzbar zu machen..

Die Stadtparkasse, die als Besitzerin des Hauses auftritt, will natürlich kein AZ und erklärte in einer Pressemitteilung, dass das Haus baufällig und nicht mehr bewohnbar sei. Gar lebensgefährlich. Um dem entgegen zu wirken, wird nun ein Gegengutachten erstellt, und es bleibt die kleine Hoffnung, erfolgreich aus den Verhandlungen zu gehen. Denn ohne die Zustimmung der Stadtparkasse wird die Polizei den Knüppel schwingen und räumen.

**KEIN TAG OHNE AUTONOMES ZENTRUM!!**

*Aktivist K*

Infos u. Kontakt  
(für Leute mit Internet-Zugang):  
undersquat.blogsport.eu

(für Leute ohne Internet-Zugang):  
bei Interesse bei uns nachfragen,  
eventuell Nachricht im nächsten Mauerfall